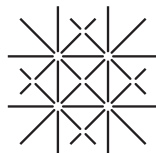


Europa



UNI
BASEL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Dass Europa zusammenwächst, hat eine längere Geschichte. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs schlossen sich in den 1950er-Jahren einige westeuropäische Länder zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zusammen und bildeten darauf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Immer mehr Staaten traten im Verlauf der Jahre bei, und 1992 wurde die Europäische Union (EU) gegründet. Sie ist derzeit dabei, sich neue Strukturen zu geben und sich um zehn neue Mitglieder zu vergrössern – komplexe und langwierige Entwicklungen, die mit unterschiedlichen Erwartungen, Hoffnungen und Ängsten verbunden sind.

Der so genannte Alte Kontinent ist auch ein attraktives Thema für die Wissenschaft: Vor genau zehn Jahren hat das Europainstitut der Universität Basel seine Tore für junge und jung gebliebene Menschen aus aller Welt geöffnet, die sich in einem Nachdiplomstudium in Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften mit Europa befassen wollen. Nicht nur aus der Sicht der Schweiz und durchaus nicht unkritisch den europäischen Entwicklungen gegenüber. Über 200 Männer und Frauen haben bisher ihr «Europa-Studium» in Basel abgeschlossen. Und wie das Gebilde Europa in ständigem Aufbau ist, möchte sich auch das Institut mit neuen Angeboten weiterentwickeln.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe von UNI NOVA ist in erster Linie dem 10-Jahr-Jubiläum des Europainstituts gewidmet. Von Forschungsarbeiten aus diesem Haus, einer altehrwürdigen Villa im Basler Gellert-Quartier, ist in mehreren Beiträgen in diesem Heft die Rede. Aber nicht nur: Nicht nur Jurisprudenz, Wirtschaftswissenschaften und Politologie beschäftigen sich mit dem Phänomen Europa, sondern auch Disziplinen wie Geschichte, Geographie oder Literaturwissenschaft. Die europäische Integration ist damit ein Prozess, der die Wissenschaftsgemeinde als Ganzes zum Mitdenken und Mitforschen einlädt.

Christoph Dieffenbacher,
Redaktion UNI NOVA



Europa Europa in der griechischen Mythologie: Die phönizische Königstochter Europa soll von Zeus, der sich in einen Stier verwandelt hatte, über das Meer nach Kreta entführt worden sein. Ihr Name ist wohl vom semitischen Wort «ereb» (dunkel) abgeleitet – der nach ihr benannte Kontinent liegt von Phönizien aus im Westen, wo die Sonne untergeht. Der Raub der jungen Frau ist ein seit der Antike häufig dargestelltes Motiv in der bildenden Kunst – wie hier auf einer griechischen Vase von etwa 470 vor Christus (Bild: Christel Gerstenberg/Corbis).

Europa – ein besonderes Objekt	6
«Stärker verbunden, als viele denken»	8
Warten als Wert	11
Versteckte Benachteiligung	13
EU-Verfassung und Öffentlichkeit	15
Was ist eigentlich «Osteuropa»?	17
Ost-West-Öffnung	20
Shakespeare – ein Europäer?	21



Forschung	Die Sozialforscherin und die Werbung	25
	Pflanzen gegen Hitzewallungen	27
	Monumentale Wort-Geschichte	30
	Radiologie: An Grenzen gehen	32
	Erwerbstätig und arm	34

Rubriken	Editorial	3
	Kolumne «Science Going Public»	23
	In Kürze	35
	Bücher	36
	Mein Web-Tipp, Fragen Sie die Wissenschaft	37
	Termine, Briefe, Impressum	38

Titelbild Der Traum von einem vereinigten Europa: Neben der Fahne der Europäischen Union flattern verschiedene Fahnen von Mitgliedstaaten im Wind. Eingeführt sind bisher unter anderem der gemeinsame Binnenmarkt, der Wegfall der zwischenstaatlichen Grenzen und die neue Währung, der Euro. Zu den heute 15 EU-Ländern werden im nächsten Jahr zehn weitere aus Ost- und Südosteuropa dazukommen (Bild: Keystone).

Europa – ein besonderes Objekt

Georg Kreis

Der europäische Integrationsprozess prägt wichtige Teile des gesellschaftlichen Lebens und muss darum erforscht, gelehrt und gelernt werden.

Dieser Prozess ist nicht naturhaft und keine objektive Gegebenheit, die dem Beobachter ein *ganz anderes Gegenüber* bietet wie etwa ein Molekül oder eine Gesteinsformation. Zudem ist anzunehmen, dass dieser Prozess halbwegs offen ist und keiner endzweckbestimmten Programmierung unterliegt. Dies ist wenigstens die Hypothese, die dem Problem und dem Projektcharakter des kollektiven Unternehmens Europa am ehesten entspricht. Man hat sich den Vorgang als *gemacht* vorzustellen, als ein kollektives Artefakt, an dem viele Kräfte mit ihren Handlungsspielräumen beteiligt sind. In jedem Fall sind wir daran mindestens passiv beteiligt. Wir stehen da irgendwo selber drin, und wir haben dazu eine Haltung. Diese bestimmt unser Erkenntnisinteresse, die Perspektive auf den Prozess, die angegangenen Fragen.

Sind diese Fragen in individueller und wahrscheinlich auch politischer Weise einmal erarbeitet und auf den Punkt gebracht, verfährt man nach Abklärungsmethoden, die wesentlich standardisierter, objektiver und universeller sind. Zwar ist Originalität auch in der Art der Analyse gefragt, diese besteht aber im Einsatz und Umgang mit allgemein nachvollziehbaren Operationen. Aus Sicht eines «exakten» Verständnisses wird die Individualität der Europaforschung vielleicht als Schwäche gedeutet, unter dem Aspekt der Produktivitätsvielfalt ist sie jedoch (auch) Stärke, und sie zwingt zu legitimierenden Überlegungen, die erklären, wozu das nötig und gut sein soll, was getan wird. Das charakterisiert allerdings viele, ja die meisten sozialwissenschaftlichen Fragestellungen und ist nicht spezifisch für Europaforschung.

Ein Charakteristikum des Forschungsobjekts «Europa» ist – etwa im Vergleich mit Gesteinsformationen und Molekülen – seine hohe Veränderungsgeschwindigkeit. Nicht so sehr wegen der wesentlich langsamer voranschreitenden Forschung als eben wegen der Veränderung des Objekts der Forschung und Lehre muss man seine Unterlagen permanent neu aufbereiten. Man kann das zwar von der gesamten Gesellschaft und schon von jeher sagen – für das europäische Haus trifft es aber in besonderem Mass zu: Unser Gegenüber ist eine Baustelle!

Kombination von Disziplinen Eine weitere Besonderheit der Europaforschung ist, dass sie eine Vielfalt von Disziplinen umfasst. Nicht eine Disziplin, nicht eine einzige Denkkultur beherrscht das Feld. «Europa» kann nur interdisziplinär erforscht werden. Die «Königsdisziplin» könnte die Rechtswissenschaft sein, weil sie mit dem Europarecht einen konstitutiven Gegenstand hat, den sie nicht zuerst noch schaffen muss. Insofern als die auf Europa bezogene Politikwissenschaft sich auf die EU-Institutionen konzentriert, könnte man Ähnliches auch von dieser Disziplin sagen. Die Wirtschaftswissenschaft dagegen distanziert sich bewusst von der Vorstellung, dass es so etwas wie «Europawirtschaft» gibt; ihr Europabezug besteht darin, dass sie wissen will, zu welchen Erkenntnissen ihre *universalen* Regeln in der Anwendung auf das europäische Feld führen.

Beifügen sollte man nun sogleich, dass *keine* dieser Disziplinen allein der komplexen Realität «Europa» gerecht werden kann und dass es eben einer Kombination dieser Disziplinen bedarf. Gewiss sind auch damit nicht alle Verstehensmöglichkeiten erfasst. Neben den genannten Hauptdisziplinen müssen auch andere Zugangsweisen einbezogen werden: Geschichte und Geographie, Soziologie und Ethnologie, aber auch Philosophie,

vergleichende Literaturwissenschaft, Linguistik u.a.m. Und natürlich alle Subwissenschaften, bilden doch so genannte «Disziplinen» in der Regel bloss einen Verbund von weiteren Spezialisierungen, die man ebenfalls «Fächer» nennt.

Verstehensmöglichkeiten und Zugangsweisen: Den gemeinsamen Gegenstand teilt man mit anderen. Was man unter Umständen nicht teilt und an Eigenem hat, das sind Methode und Theorie. Hier sind keine Vermischungen möglich oder – um den Preis der Inkonsistenz – erwünscht, und man sollte der «Reinheit des Gedankens» mit einer gewissen Unerbittlichkeit frönen. Denkbar ist ein Einsatz von «Batterien», das heisst einer Vielzahl von unterschiedlichen Zugängen zur gleichen Fragestellung. Im Vorfeld muss man aber nötigenfalls auch über die zu stellenden Fragen streiten.

Einfluss und Mitgestaltung Ohne falsche Idealisierung, aber eine idealtypische Seite hervorhebend, kann man das vernetzte und organisierte Europa als Lerngemeinschaft oder Perfektionsgemeinschaft verstehen. «*Par l'organisation des choses*», wie Jean Monnet gesagt hat oder gesagt haben könnte, sollen die Lebensverhältnisse in Europa verbessert werden. Einige der angestrebten Verbesserungen sind – je nach Betrachtungsweise – vielleicht auch Verschlimmbesserungen. Der entscheidende Punkt ist, dass man die Dinge nicht einfach treiben lassen, sondern begleitend auf sie Einfluss nehmen, sie gestalten will. Da fällt naturgemäss ein beträchtlicher Forschungsbedarf an. Forschung nach den idealen Zielsetzungen und – nicht weniger wichtig – Forschung nach den idealen Prozeduren.

Auch wenn die EU ein Kunstprodukt ist, sie ist keine Realisierung eines am Zeichentisch entstandenen Idealmodells. Ganz im Gegenteil: Verglichen mit der klassischen Gewaltenteilung ist sogar ein höchst seltsames und einmaliges Gebilde *sui generis* entstanden. Die regierenden und die gesetzgebenden Funktionen sind sehr unorthodox vermengt. Unklar sind auch die Aushandlungsmethoden: Was wird intergouvernemental im Feld der Diplomatie, was demokratisch in der Arena des Parlaments ausgehandelt, und welche Bedeutung kommt der berüchtigten Komitologie zu, welche im Umfeld der Kommission bei der Im-



Ein Kontinent als Forschungsgegenstand: Europa aus der Luft (Bild: Nasa).

plementierung der Richtlinien mitwirkt? Auch archaische Phänomene wie Kuhhandel oder Horsetrading können analytisch ergründet werden. Die Lehre kann das Verständnis für diese komplexen Verhältnisse und Prozesse fördern, die Forschung kann Verbesserungsvorschläge entwickeln, muss zugleich aber auch die Wege aufzeigen, wie man sie verwirklichen kann. Auch die schweizerische Forschung darf sich nicht darauf beschränken, sich zu überlegen, was man aus dem helvetischen Eigenbestand exportieren könnte.

«Europa» ist eine Aufgabe und ist ein Problem. Davon zeugt die Tatsache, dass auffallend viele der in europa-blauen Umschlägen aufgelegten Publikationen ihre Titel in Frageform formulieren. Als Pendant zu dieser durch Fragezeichen ausgedrückten Offenheit haben wir mit unsichtbaren Ausrufezeichen die Notwendigkeit, in diesem Gestaltungsprozess zu weiteren Lösungen zu kommen, und den Willen, ihn auch mitzugestalten. Zwischen Frage- und Ausrufezeichen nimmt die akademische Auseinandersetzung mit «Europa» eine wichtige Stellung ein mit Beiträgen, die sich selber kritisch reflektieren und damit qualitativ höher stehen als dumpfes Nichtstun oder ungestümes Wollen. ■

Prof. Georg Kreis ist Leiter des Europainstituts und Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Basel.

«Stärker verbunden, als viele denken»

Interview: Christoph Dieffenbacher

Die Schweiz liegt geografisch mitten in Europa und gehört politisch trotzdem nicht dazu. Fragen an Prof. Laurent Goetschel vom Europainstitut der Universität Basel – zur neuen Aussenpolitik der Schweiz, zu ihrem Verhältnis zur Europäischen Union und zur Rolle der Politikwissenschaft in diesem Land.

Herr Goetschel, Sie sind seit kurzem persönlicher Mitarbeiter von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, wofür Sie von Ihrer Professur in Basel teilweise freigestellt wurden. Sie beraten die Vorsteherin des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in grundsätzlichen und strategischen Fragen der Aussenpolitik. Wie sieht Ihr Arbeitsalltag aus?

Meine Tätigkeit im EDA setzt sich aus verschiedenen Teilbereichen zusammen. In erster Linie pflege ich die Aussenbeziehungen des Departements zum Parlament, zu seinen Kommissionen und zur Sozialdemokratischen Partei. Ich nehme an den Vorbereitungen für Bundesratssitzungen teil. Daneben führe ich auch viele Gespräche. Mit dem eigentlichen Tagesgeschäft befasse ich mich weniger. Ich verstehe mich eher als Verbindungsmann für gewisse Anliegen, versuche die Sensibilisierung dafür zu erhöhen und Ratschläge an Personen innerhalb und ausserhalb des Departements zu geben.

Gibt es von Ihnen also kein Konzept oder Strategiepapier zur schweizerischen Aussenpolitik? Sie haben vor kurzem für die Zukunft «mehr Kohärenz» in diesem Bereich gefordert.

Es gibt aus den letzten Jahren bereits mehrere aussen- und integrationspolitische Konzepte, die ich nicht alle über den Haufen

werfen will. Zum andern ist bekannt, dass Bundesrätin Calmy-Rey in der Aussenpolitik gewisse neue Akzente setzen und Prioritäten festlegen möchte. Beim Erarbeiten der Grundlagen dazu innerhalb des Departements war ich wesentlich mitbeteiligt. Aussenpolitische Konzepte können natürlich nicht von einer Person allein ausgearbeitet werden. Als Politologe bringe ich analytisches Denken in die Arbeit des Departements ein, stelle kritische und grundsätzliche Fragen und mache «Gegenchecks» zu bestimmten Sachfragen. Eines meiner Ziele ist auch, die Ideen der Mitarbeitenden im EDA aufzunehmen und zusammenzufassen.

Das Dossier Europa scheint bei den Bundesbehörden im Moment etwas in den Schubladen zu ruhen. Wo steht die Europapolitik der Schweiz im Moment, wie sehen die nächsten Schritte aus?

Europa ist derzeit tatsächlich kein besonderer Schwerpunkt. Das ist durch die Situation bedingt, die momentan europapolitisch gegeben ist. Das Thema ist für die Schweiz aber natürlich nach wie vor wichtig. Im Moment sind die Bilateralen Verhandlungen II im Gang, bei denen zwei Themen im Vordergrund stehen: die Zinsbesteuerung von Konten von EU-Bürgern und das Schengen-Abkommen mit dem Wegfall der Grenzkontrollen in Europa. Beim Bankgeheimnis wird die Schweiz gewisse Einschränkungen hinnehmen müssen, um bei «Schengen» das zu bekommen, was sie möchte. In Diskussion ist auch die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die zehn osteuropäischen Staaten, die 2004 der EU beitreten werden. Die Anpassung dieses Abkommens wird dem fakultativen Referendum unterstellt werden – und dürfte voraussichtlich Gegner sowohl aus dem rechten Lager wie auch von der Linken und Gewerk-

schaften auf den Plan rufen. Ein weiterer Bereich ist die Strukturhilfe an die Beitrittsländer Osteuropas, die die Schweiz mittragen müsste.

Wie beurteilen Sie die jetzige Stimmung der Schweizer Bevölkerung in der Europafrage – gut zehn Jahre nach dem knappen EWR-Nein und zwei Jahre nach dem deutlichen EU-Nein?

Es gibt immer wieder Umfragen dazu. Da aber wahrscheinlich bis zum Herbst keine aktuellen europapolitischen Themen anstehen, sagen diese nicht viel aus. Sehr wichtig wäre aber etwas anderes: Man sollte einmal in einer Studie untersuchen, wie weit die Schweiz in ihrem heutigen Zustand bereits von der EU beeinflusst ist. So wird hier etwa in der Gesetzgebung ja seit längerem bewusst darauf geachtet, dass unser Recht nicht von europäischen Normen abweicht. Andere Bereiche liessen sich aufzählen. Es ist doch ein Mythos, dass wir nicht mehr wir selber wären, wenn wir der EU beitreten. Ich vermute, dass die Schweiz bereits viel stärker mit Europa verbunden ist, als viele denken.

Sehen Sie die europäische Integration im Rückblick als eine Erfolgsgeschichte oder als eher ein mühsames, problematisches Unternehmen? Gibt es so etwas wie ein europäisches Bewusstsein in der Bevölkerung oder ist die EU eher eine Sache zwischen abstrakten Staaten?



Die Geschichte der EU ist ein Erfolg. Es ist aber auch klar, dass die Europäische Union eine riesige Institution ist, deren Bildung und Entwicklung mit grossen Schwierigkeiten verbunden war und ist. Die meisten Menschen nehmen die Integration nur von aussen wahr. Wenn sie in ihrem Alltag Veränderungen wahrnehmen, haben diese oft gar nichts mit der EU zu tun, sondern zum Beispiel mit technischen oder industriellen Normen. Thematisiert wird Europa dann, wenn es Probleme und Neuerungen gibt, die für die Bürger und Bürgerinnen sichtbar sind. Aus Sicht der Politologie ist es jedenfalls spannend zu verfolgen, wie ein politisches Gebilde funktioniert und sich weiterentwickelt, das viel mehr als eine herkömmliche internationale Organisation und trotzdem kein Staat ist.

Werden die innere Spaltung der EU in Bezug auf den Irak-Krieg und ihr gespanntes Verhältnis zu den USA für den Verlauf der weiteren Integration Europas Folgen haben?

Es ist kaum davon auszugehen. Man sollte nicht überbewerten, dass die Aussen- und Sicherheitspolitik der EU zu Recht als uneinheitlich wahrgenommen wird. Sie war im bisherigen Integrationsprozess immer ein Stiefkind und hat sich eigentlich erst mit der Krise im ehemaligen Jugoslawien formiert. Ich denke sogar, die unterschiedlichen Positionen in der EU zum Irak-Krieg liegen näher an der Realität als alle bisherigen schönen Erklärungen für eine gemeinsame Politik. Die jetzigen ge-

Prof. Laurent Goetschel, 1965 als schweizerischer und französischer Staatsbürger in Bern geboren, studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Universität Genf und am Institut de hautes études en relations internationales. Nach der Promotion 1993 war er Oberassistent am Institut de hautes études en administration publique in Lausanne und Visiting Scholar am Center for European Studies der Harvard University mit einem Forschungsprojekt zur gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EU. 1997 bis 2000 leitete er das Nationale Forschungsprogramm «Schweizerische Aussenpolitik» (NFP 42). Seit 1997 hat Goetschel einen Lehrauftrag an der Universität Bern, und seit 2000 ist er Professor für Politologie am Europeaninstitut der Universität Basel. 2001 bis 2003 war er Geschäftsführer der Schweizerischen Friedensstiftung in Bern. Goetschel ist Präsident der aussen- und entwicklungspolitischen Fachkommission der SP. Seit Februar 2003 ist er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey mit einem Anstellungsgrad von 75 Prozent. Seine Anstellung an der Universität Basel wurde entsprechend reduziert. Seine Interessenschwerpunkte sind Aussenpolitikanalyse, Friedens- und Konfliktforschung sowie Global Governance (Bild: Andreas Zimmermann).

spannten Beziehungen zwischen der EU und den USA zu dramatisieren, wäre ebenfalls nicht angebracht – man hat genug gemeinsame Werte und Interessen. Anders als zur Zeit des Kalten Krieges sind jedoch auch wieder stärkere Divergenzen möglich geworden.

Welchen Beitrag kann und will die Politologie in der realen Politik leisten? Ist ihre Rolle die, politische Entscheide nachträglich zu analysieren, oder möchte sie die Politik beeinflussen?

Es gibt genau diese beiden unterschiedlichen Haltungen in dieser Disziplin. Zwar hat wohl jeder Wissenschaftler das Gefühl oder die Hoffnung, in seinem Fachbereich, in dem er sich kompetent fühlt, etwas bewirken zu können – das wird zum Beispiel auch in der Medizin und in der Ökonomie so sein. In unserer Wissenschaft ist das vielleicht besonders ausgeprägt. Ihre Kerntätigkeit ist aber sicher nicht, auf die politischen Geschäfte direkt Einfluss zu nehmen, am Rockzipfel der Macht zu hängen und zu sagen, wo es langgeht. Allgemein definiert, untersucht Politologie die Prozesse, wie Regelungen für einen Staat oder ein gewisses Kollektiv erarbeitet werden. Zentral sind dabei die Begriffe Macht, Einfluss, Souveränität und Autonomie. Die Politologie analysiert und untersucht politische Prozesse: So wie sich ein Naturwissenschaftler einst gefragt hat, warum der Apfel vom Baum zum Boden fällt und nicht zur Sonne, so stellt man sich in der Politologie konkrete Fragen: Warum haben die USA den Irak angegriffen? Oder: Wieso ist die Schweiz nicht in der EU?

Nun, wieso ist sie eigentlich nicht?

Natürlich könnte man sagen, ein Beitritt der Schweiz zur EU ist bei Abstimmungen nicht mehrheitsfähig. Diese Antwort greift aber zu kurz. Es geht der Schweiz wirtschaftlich gesehen (zu) gut. Politisch müssten wir deutlich stärkere Abstriche bei unseren Traditionen und Eigenheiten machen als andere Staaten. Dies betrifft vor allem die direkte Demokratie – auch wenn zahlreiche Abstimmungen trotzdem möglich wären –, den Fö-

deralismus und die Neutralität. Zur Neutralität ist zu sagen, dass ihre ursprüngliche Bedeutung überholt ist. Aus ihrem europäischen Umfeld droht der Schweiz heute keine militärische Bedrohung. Die Tradition der Neutralität hat aber auch gewisse Vorteile: Die Schweiz hat aus ihr heraus eine natürliche Aversion gegen Konfliktlösungen mit militärischen Mitteln entwickelt. Das bildet eine Grundlage für eine fortschrittliche und offene Politik der zivilen Friedensförderung.

Wird die Politologie als Wissenschaft in der Schweiz überhaupt angehört, werden ihre Forschungsergebnisse in der Politik und im Staat zur Kenntnis genommen?

Ich denke, dass in der Schweiz der konzeptionelle Austausch zwischen Politologie und staatlicher Verwaltung in der Aussenpolitik noch nicht sehr ausgereift ist. Lange Zeit hiess es, man habe genügend eigene kluge Köpfe in der Verwaltung. So genannte «Think tanks» oder ein «Cross feeding» zwischen Forschungsinstituten und Staat sind noch wenig etabliert, im Gegensatz zu andern Ländern wie den USA, Grossbritannien oder Frankreich. Tendenziell hat sich jedoch einiges in diese Richtung getan. Beispiele sind die Schweizerische Friedensstiftung swisspeace in Bern oder das Center for Humanitarian Dialogue in Genf. In der konkreten Ausführung der schweizerischen Aussenpolitik – etwa in der Entwicklungszusammenarbeit – liegt die Sache wieder anders: Hier arbeiten die Bundesbehörden häufig mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Institutionen zusammen. ■

Warten als Wert

Gregor Klaus

Soll die Schweiz sofort der EU beitreten? Oder ist die eigenwillige Europapolitik unseres Landes eine realistische Alternative? Ökonomen der Universität Basel suchen nach Antworten.

Die Schweiz als Teil Europas gehört nicht zur Europäischen Union, obwohl die EU ihre wichtigste wirtschaftliche und kulturelle Partnerin ist: Über 60 Prozent der Schweizer Exporte gehen in den EU-Raum, und fast 80 Prozent der Importe kommen von dort. Eine im Auftrag des Bundesrats vor der EWR-Abstimmung durchgeführte Studie kam zum Schluss, dass sich eine aussenwirtschaftliche Öffnung positiv auf das Gesamtwohl des Landes auswirken würde; sie rechnete mit einer Erhöhung des Bruttosozialprodukts um etwa vier Prozent. Dennoch wurde der EWR-Vertrag im Dezember 1992 an der Urne abgelehnt. Der Kater danach ist noch lebhaft in Erinnerung.

Warum tut sich die Schweiz mit einer aussenwirtschaftlichen Öffnung gegenüber Europa so schwer? Vor fünf Jahren suchte Rolf Weder, seit zwei Jahren Professor für Ökonomie am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum und am Europainstitut der Universität Basel, nach Antworten dazu. «Das Abstimmungsergebnis bedeutet keineswegs, dass ökonomische Überlegungen eine untergeordnete Rolle spielten», erklärt Weder. Denn die vermehrte Integration in die internationale Arbeitsteilung kennt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Eine wirtschaftliche Öffnung führt zu Umverteilungen, die zu Lasten bestimmter Branchen gehen. Dem einzelnen Arbeitnehmer sind daher die Gewinne einer Öffnung für die Gesamtwirtschaft nicht so wichtig. «Ob sich eine Volkswirtschaft öffnet oder nicht, hängt entscheidend vom innenpolitischen Kräfteverhältnis zwischen Gewinnern und Verlierern eines solchen Schrittes ab», sagt der Ökonom. In einer Analyse konnte Weder mit zwei Kollegen zeigen, dass die Abstimmungsergebnisse vom Dezember 1992 unter anderem mit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Betroffenheit in den



Optimaler Zeitpunkt eines Beitritts der Schweiz zur Europäischen Union noch unklar: EU-Gebäude in Brüssel (Bild: Keystone).

Kantonen erklärt werden können: «Je mehr Menschen in den Verliererbranchen beschäftigt waren, desto grösser war dort der Anteil der Nein-Stimmen», sagt er. Damit musste gerechnet werden, nicht aber damit, dass sich die Verlierer der Abstimmung stärker gegen die Öffnung einsetzten als die Gewinner dafür. Denn es liess sich kein positiver Zusammenhang zwischen Ja-Stimmen und kantonalen Beschäftigungsanteilen in den Gewinnerbranchen feststellen. Das EWR-Nein hat, so Weder, wenig mit einer «vermeintlichen ‚Europhobie‘» zu tun.

Druck kleiner geworden In der Tat stimmten die Schweizerinnen und Schweizer vor drei Jahren klar für die bilateralen Verträge mit der EU. «Die Gewinner gingen diesmal eher zur Urne, und die Verlierer wurden in den Verträgen etwas geschützt», meint Weder. Seit jener Abstimmung haben es die

Befürworter eines sofortigen EU-Beitritts schwer. Dies zeigte das Nein zur Initiative «Ja zu Europa» im März 2001 deutlich. Aber auch die Wirtschaft macht sich nur noch halbherzig für einen Beitritt stark. Woher kommt diese Flaute in der Schweizer Europapolitik? «Mit den bilateralen Verträgen wurde etwas EWR-Ähnliches realisiert», antwortet Weder. «Die Integration der Märkte ist zu einem Grossteil erreicht. Damit wurde der Druck auf die Schweiz kleiner, der EU beizutreten.»

Die ersten zehn Jahre nach dem EWR-Nein sind der Schweiz gar nicht so schlecht bekommen. Entgegen den Kassandraruhen entwickelte sich das Land ganz normal weiter, parallel zu den Nachbarländern und abhängig von der Weltwirtschaft. Gleichzeitig gibt es auch Vorteile, nicht dabei zu sein: Etwa bei der Bekämpfung der Rezession lässt sich eine eigenständige Geldpolitik betreiben, die Zinsen ermöglicht, die bis anderthalb Prozent unter dem EU-Niveau liegen. Nach wie vor gibt es aber gewichtige Argumente für einen Beitritt: Schweizer Exporteure hätten es wesentlich leichter, da Unternehmen aus EU-Ländern von internationalen Abkommen und Vereinbarungen profitieren. Der Markt für Schweizer Qualitätsprodukte würde vergrössert. Junge, Forschende, Kulturschaffende und Arbeitsuchende hätten bessere Ausbildungs- und Arbeitschancen. Politisch hätte ein Beitritt den Vorteil, gemeinsame Lösungen für gesamteuropäische Probleme wie Kriminalität und Umwelt suchen zu können.

Mittelfristig liegt die Priorität des Bundesrats auf der zweiten bilateralen Verhandlungsrunde, sein langfristiges Ziel bleibt der EU-Beitritt. Bis 2007 glaubt er beurteilen zu können, ob die Zeit für Beitrittsverhandlungen reif ist. Doch wann ist der optimale Zeitpunkt eines EU-Beitritts? Seit einem Jahr suchen Weder und sein Assistent Beat Spirig nach Antworten auf diese Frage und greifen dabei auf neue theoretische ökonomische Ansätze zurück. So besagt die noch relativ junge Investitionstheorie, dass es sich lohnen könne, eine Investition nicht sofort zu tätigen, sondern zu verschieben – oder gar fallen zu lassen. Beispiel Computerkauf: Kaufe ich heute einen Computer, ist er morgen vielleicht schon veraltet. Kaufe ich ihn nicht, muss ich

mit langsamer Hardware und alten Programmen weiterarbeiten und verliere wertvolle Zeit.

EU-Beitritt als Investition Auch ein EU-Beitritt ist eine Art Investition. Doch bisher wurde diese Investition nur nach dem einfachen Kosten-Nutzen-Prinzip analysiert. Die Folge war eine Spaltung der Schweiz in zwei Lager: Die Beitrittsgegner wollten gar nicht investieren, die Befürworter sofort. Doch es gebe noch eine dritte Strategie, meint Weder: «Es kann wesentlich besser sein, den EU-Beitritt bewusst hinauszuschieben – auch dann, wenn man zwar die Vorteile eines Beitritts erkennt, diese aber mit einer grossen Unsicherheit behaftet sind.» Dahinter steckt die Überlegung, dass das Offenhalten einer Investition einen Wert besitzt. Wenn die Schweiz morgen der EU beitreten würde, müsste sie nicht nur die reinen Investitionskosten wie Transferzahlungen an die Mitglieder der Gemeinschaft bezahlen; sie hätte auch so genannte Opportunitätskosten zu tragen, die daraus entstehen, dass sie die Option, erst später zu investieren, aufgibt.

Die Opportunitätskosten sind vor allem dann hoch, wenn der Nutzen des Beitritts unsicher ist. «Diese Unsicherheit hat einen entscheidenden Einfluss auf den Zeitpunkt der Investition, weil sie im schlechtesten Fall den EU-Beitritt zu einer Fehlinvestition machen kann», sagt Weder. «Ist die Unsicherheit gross, sollte ein EU-Beitritt also verschoben werden.» Ziel des Forschers ist es, die Unsicherheitsfaktoren aufzuzeigen und wenn möglich zu quantifizieren. Wie wirkt sich etwa die Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftspolitik der EU aus? Wie stark ist die Zentralisierungstendenz in der EU? Weder hofft, mit diesem Ansatz einen frischen Wind in die Schweizer Europapolitik zu bringen. Noch kann er nicht sagen, welche Empfehlungen sich daraus ergeben werden: «Vielleicht sind die Opportunitätskosten zurzeit derart gering, dass wir sofort der EU beitreten sollten.» Seine Analyse könne aber durchaus auch zum Schluss kommen, dass die eigenwillige und durch Bilateralismus gekennzeichnete Europapolitik der Schweiz eine optimale Alternative zu einem Beitritt ist. ■

Dr. Gregor Klaus ist Wissenschaftsjournalist in Rothenfluh BL.

Versteckte Benachteiligung

Reto Caluori

Diskriminierung gibt es nicht nur in direkter, sondern auch in indirekter Form. Dieses Konzept im EG-Recht untersucht eine Forschungsarbeit am Europainstitut.

«Wenn man sagt, Vollzeitarbeit soll im Verhältnis zur Teilzeitarbeit besser bezahlt werden, dann klingt das geschlechtsneutral», sagt die Juristin Christa Tobler, Assistenzprofessorin am Europainstitut der Universität Basel. «Faktisch bedeutet es aber fast immer, dass Frauen weniger verdienen als Männer. Hier liegt ein Fall von indirekter Diskriminierung vor.» Diesen Begriff hat Christa Tobler zum Thema ihrer Habilitation gemacht. Die indirekte Diskriminierung ist eine Rechtsfigur – ein abstrakter juristischer Begriff –, die sich auf Geschehnisse im täglichen Leben bezieht und in allen möglichen Bereichen vorkommt: vom Steuerrecht übers Arbeitsrecht bis zum Verkehrsrecht. Indirekte Diskriminierung liegt dann vor, wenn die Anwendung von augenscheinlich neutralen Bestimmungen überwiegend zur Benachteiligung einer bestimmten Gruppe führt, die gegen Diskriminierung geschützt ist – ohne dass dafür eine sachliche Begründung vorliegt.

Damit tatsächlich von einer solchen Art von Diskriminierung gesprochen werden kann, sind zwei Elemente von besonderer Bedeutung: Die Diskriminierung muss indirekt erfolgen, und es dürfen keine Gründe vorliegen, die sie rechtfertigen würden. Eine Rechtfertigung kann zum Beispiel dann gegeben sein, wenn die wirtschaftlichen Interessen von einzelnen Branchen wie dem Gastgewerbe oder dem Detailhandel höher bewertet werden als das Interesse von (überwiegend weiblichen) Teilzeitarbeitenden, etwa in Bezug auf die Vorsorge mit Vollzeitarbeitenden gleichgestellt zu werden.



Geschlechterdiskriminierung als juristische Realität: Frauen und Männer im Grossraumbüro (Bild: SPL/Keystone).

Entwicklung im EG-Recht Zum Thema der indirekten Diskriminierung hat Tobler unter anderem ein persönliches Interesse geführt: «Das Sozialrecht und das Geschlechterdiskriminierungsrecht waren mein Ausgangspunkt. Zudem bin ich eine Europarechtlerin mit Herz und Seele.» Dass sie den Schwerpunkt ihrer Untersuchung auf das EG-Recht legt, hat indes auch einen ganz praktischen Grund. Denn hier wurde die Rechtsfigur der indirekten Diskriminierung seit den Sechzigerjahren in mehreren Rechtsgebieten entwickelt. Heute kommt sie in ganz unterschiedlichen Bereichen zur Anwendung, etwa im Landwirtschaftsrecht, im Steuerrecht oder im Arbeitsrecht. Die Untersuchung anhand des EG-Rechts wird es erlauben, den Begriff der indirekten Diskriminierung in seiner ganzen Breite zu erfassen und seine unterschiedlichen Ausgestaltungen im Wirtschafts- und Sozialrecht miteinander zu vergleichen. Im schweizerischen Recht wird der Begriff erst seit Mitte der Neunzigerjahre verwendet; erstmals Eingang in einen Gesetzes-

text fand er hier im Gleichstellungsgesetz von 1995. In einem vergleichenden Kapitel zur Schweiz behandelt die Autorin deshalb vor allem Aspekte der indirekten Diskriminierung in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter.

Wie der Begriff entstand Christa Tobler untersucht in ihrer Arbeit unter anderem die juristische Definition der indirekten Diskriminierung. Zunächst geht es ihr darum, darzustellen, wie sich diese Rechtsfigur seit den Sechziger- und Siebzigerjahren herausbildete. Wie kam es zur Anerkennung von indirekter Diskriminierung im EG-Recht und zur rechtlichen Einsicht, dass Diskriminierung auf indirekte Weise erfolgen kann? Um diesen Prozess nachzuvollziehen, hat Tobler die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften verfolgt, durch den die Rechtsfigur massgeblich entwickelt wurde. Konkret bedeutete das für sie, hunderte von Entscheiden des Gerichtshofs zu studieren; dazu kam die Lektüre von Urteilsbesprechungen, zahlreichen Lehrbüchern und Verträgen.

Erstmals konnte Tobler das Konzept in einem Entscheid von 1969 nachweisen. Ein Leitentscheid, der die Formulierung «versteckte Formen der Diskriminierung» verwendete, stammt von 1974. Die Juristin beobachtete, dass sich das Konzept der indirekten Diskriminierung auf einer definitorischen Ebene mit der Zeit weiterentwickelte und in verschiedenen Bereichen des EG-Rechts unterschiedlich ausgestaltete. So fehlte im Wirtschaftsrecht lange das Element der Rechtfertigung. Dieses wurde zuerst im Geschlechterrecht entwickelt und fand erst später Eingang ins Wirtschaftsrecht, womit zwischen den Rechtsbereichen wieder eine Angleichung stattfand.

In der Schweiz taucht der Begriff erst mit dem Gleichstellungsgesetz auf, auch wenn die Forscherin in der Analyse von Bundesgerichtsentscheiden auch ältere, vage Konzepte von indirekter Diskriminierung dokumentieren konnte. Für sie bleibt indes evident, dass eine klare Vorstellung von indirekter Diskriminierung erst mit der Adaption des Konzepts aus dem EG-Recht im schweizerischen Recht Einzug hielt. «Ich finde es interessant, dass das Bundesgericht erst Ende der Neunzigerjahre eine Rechtsfigur «entdeckte», die in Europa seit über zwanzig

Jahren zur Anwendung kommt», sagt sie. Das Gleichstellungsgesetz hatte allerdings in der Schweiz eine Schrittmacherverolle für andere Bereiche: Heute ist indirekte Diskriminierung auch im Zusammenhang mit Behinderung oder Nationalität ein Thema.

Ein Auslaufmodell? Während also in der Schweiz das Konzept der indirekten Diskriminierung erst so richtig wahrgenommen wird, wirft nun Tobler in ihrer Habilitation die Frage auf, ob diese Rechtsfigur überhaupt noch eine Zukunft hat. Denn ursprünglich entwickelt, um einen wirksamen Schutz gegen Diskriminierung zu gewährleisten, hat sich das Konzept mit der Zeit aufgrund von zwei Einschränkungen als zunehmend weniger wirksam erwiesen: Einerseits können Rechtfertigungen eine indirekte Diskriminierung überwiegen, andererseits hat die Diskriminierung eine Vergleichsproblematik. Denn das Argument der Diskriminierung beruht immer auf einem Vergleich, dem oft die Willkür anhaftet, wer mit wem verglichen wird – dabei werden oft unterschiedliche Dinge über einen Leisten geschlagen und wichtige Differenzen vernachlässigt.

Im EG-Recht des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital wird denn auch zunehmend mit dem viel allgemeineren Begriff der Beschränkung operiert, der gegenüber der indirekten Diskriminierung über einen gewichtigen Vorteil verfügt. Das Konzept der Beschränkung braucht keinen Vergleich, sondern beurteilt die einzelne Situation danach, ob sich eine Regelung für eine bestimmte Person erschwerend auswirkt – und darunter liessen sich auch die direkte und die indirekte Diskriminierung subsumieren. «Wenn man den Vergleich los wäre, hätte man viel gewonnen», meint Tobler. «Im freien Verkehrsrecht könnte man den Begriff der indirekten Diskriminierung meiner Meinung nach sofort abschaffen; im Sozialrecht wäre das ungleich schwieriger.» Die Europarechtlerin würde sich eine Abschaffung wünschen, glaubt aber nicht, dass sie das noch erleben werde. Also ist ihre Arbeit eine rein theoretische Auseinandersetzung? «Nein – denn es passiert nichts, wenn man die Ideen nicht aufs Papier bringt.» ■

Reto Caluori ist Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit der Universität Basel.

EU-Verfassung und Öffentlichkeit

Anne Peters

Der europäische Verfassungskonvent will bis zu diesem Sommer eine EU-Verfassung vorlegen. Wie ist dieses Prozedere rechtlich einzuordnen und welche Rolle spielt darin die europäische Öffentlichkeit?

Ich gehe davon aus, dass grundlegende Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags sowie gewisse ungeschriebene Prinzipien bereits jetzt europäisches Verfassungsrecht im materiellen Sinn sind, weil sie die Funktionen einer Verfassung erfüllen. Die Verfassungslesart der bestehenden Verträge ändert nichts an ihrem Charakter als völkerrechtliche Verträge. Teile des europäischen Rechts sind momentan «Sowohl-als-auch»: Vertrag und Verfassung. Die europäische Verfassung entstand nicht einmalig und punktuell, sondern in einem längeren Vorgang der «Konstitutionalisierung», einer Kumulation von Schritten mit unterschiedlichem Rechtscharakter. Dazu gehören neben der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und informellen Vertragsänderungen oder -ausfüllungen durch andere Organe und durch verfassungsrelevante Praktiken der Mitgliedstaaten auch die förmlichen Vertragsänderungen, etwa jene von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997). Verfassunggebende Gewalt ist ein «*pouvoir constituant mixte*» aus europäischen Bürgern, Mitgliedstaaten und europäischen Organen.

Öffentlichkeit meint sowohl die Bürgerschaft als auch den deliberativen Raum, in dem Information Verbreitung findet, Diskussion und Meinungsbildung stattfinden und Kritik formuliert wird. In einer pluralistischen Gesellschaft ist normative Instanz allerdings nicht «die» monolithische Öffentlichkeit, sondern es sind *Teilöffentlichkeiten* im Plural. Um «europäisch» zu sein, müssten die (Teil-)Öffentlichkeiten eine auch-europäische Identität haben und miteinander europäische Themen

diskutieren – und zwar nicht nur die Frage, ob eine bestimmte Politik dem eigenen Land nützt oder schadet. Ansätze in dieser Richtung sind vorhanden und im Verfassungsprozess selbst entwicklungsfähig.

Trend zu mehr Beteiligung Bis zum Verfassungskonvent waren die Einflussmöglichkeiten der Öffentlichkeit auf die formellen Vertragsänderungen mit konstitutionellem Gehalt relativ gering: Die Bürger wählten die Regierungsvertreter, das Europäische Parlament hatte ein Anhörungsrecht im Änderungsverfahren, die nationalen Parlamente ratifizierten die Vertragsänderungen, und zum Teil fanden nationale Referenden zur Änderung der Verträge statt. Trotz dieser (indirekten) Rückbindungen an die Bürger blieb das Revisionsverfahren von den Regierungen dominiert und spielte sich hinter verschlossenen Türen ab.

Wegen des Ausschlusses der Öffentlichkeit vom formalen Revisionsprozess verlagerte sich die kritische öffentliche Diskussion auf die Phase der Ratifikation in den Mitgliedstaaten, wo die Vertragstexte bereits festgeklopft waren. Die Ratifikationsdebatte zu Maastricht manifestierte eine schwere Akzeptanzkrise und löste eine fundamentale europäische Legitimitäts- und Finalitätsdebatte aus, die bis heute andauert. Aus diesen zähen Verfahrensabläufen und den immer mageren substantziellen Ergebnissen der Revisionskonferenzen zogen die Regierenden Konsequenzen: In der Laekener Erklärung beschloss der Rat im Dezember 2001 die Einberufung eines «Konvents zur Zukunft Europas». Dessen Aufgabe ist «eine möglichst umfassende und möglichst *transparente* Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz». Die Konventsarbeit gliederte sich in drei Phasen: in die fünfmonatige *Reflexionsphase*, die siebenmonatige *Arbeits-*

phase – mit der Vorstellung eines «Skeletts» für den Verfassungsvertrag durch den Konventspräsidenten Giscard d'Estaing im Oktober 2002 – und die seit Februar 2003 laufende *Vorschlagsphase*.

Konvent und Mitgliedstaaten unternahmen und unternahmen enorme Anstrengungen, um eine wirklich öffentliche Verfassungsdebatte zu provozieren und Anregungen aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen. Alle Plenartagungen des Konvents, die ein- oder zweimal im Monat im Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel stattfinden, sind öffentlich. Die Website des Konvents (http://europa.eu.int/futurum/index_de.htm) gibt Auskunft über die Terminplanung, jeder Bürger kann sich dort die offiziellen Dokumente und Beiträge ausdrucken, und es gibt Gelegenheiten zur Mitarbeit («Diskussionsecke» und «Forum»). Dazu kommen nationale Diskussionsforen der Mitgliedstaaten und auch der Beitrittsländer. Direkte Debatten finden ebenfalls statt: Im Juni 2002 etwa trafen sich acht «Kontaktgruppen» des Konvents mit Vertretern der Zivilgesellschaft.

Mehr Gewicht für Konvent Nachdem sich die Regierungsvertreter auf das neuartige Konventsverfahren geeinigt hatten, machten einige Staaten deutlich, dass der Konvent von der nachfolgenden Regierungskonferenz getrennt bleiben müsse. Der Konvent habe lediglich rechtlich unverbindliche Vorschläge zu unterbreiten. Der rechtliche Qualitätsunterschied zwischen Konvent und Regierungskonferenz sollte – so der anfängliche Plan – der Öffentlichkeit durch eine zeitliche Zäsur klar gemacht werden. England sprach von einer «Brandmauer».

Dieses Konzept, das dem traditionellen Vertragsrevisionsverfahren entscheidendes Gewicht einräumte, unterschätzte die politische und symbolische Bedeutung des Konvents in der Öffentlichkeit und das Ansehen, das er sich durch sein Funktionieren erworben hatte. Die Öffentlichkeit will nach den mehr oder weniger desaströsen Regierungskonferenzen einer Instanz vertrauen, der sie hohe Fachkompetenz, Repräsentativität der Interessen und eine gewisse Unabhängigkeit von Tagespolitik und aktuellem Wiederwahlinteresse zuspricht – ob zu Recht oder zu Unrecht.

Es wurde den Regierungen klar, dass die zu erwartenden Ergebnisse des Konvents, obwohl rechtlich unverbindlich, politisch für die Regierungskonferenz doch von hoher Präjudizwirkung und Bindungskraft sein werden. So tauschten einzelne Mitgliedstaaten, die zunächst keine hochrangigen Politiker in den Konvent entsandt hatten, diese gegen Kabinettsmitglieder aus: Im Herbst 2002 ersetzte Deutschland Professor Peter Glotz durch Bundesausenminister Joschka Fischer, und der französische Aussenminister Dominique Alouzeau de Villepin wurde Konventsmitglied. Auch andere Mitgliedstaaten schickten ihre Aussenminister, Europaminister oder andere Kabinettsmitglieder. Dies zeigt, dass der Konvent heute viel ernster genommen wird als bei seiner Erfindung. Die eigentlichen Entscheidungen werden hier fallen, die Regierungskonferenz wird möglicherweise nur noch eine Formalität sein.

Legitimation durch Öffentlichkeit Selbst wenn bis zu diesem Sommer keine historisch bedeutsamen europäischen Verfassungsinhalte fixiert werden sollten: Der Konvent wird von historischer Bedeutung sein, weil hier *öffentlich über eine zukünftige Verfassung Europas diskutiert* wurde. Die Öffentlichkeit dieses Verfahrens ist ein wichtiger Legitimationsfaktor. Diverse Interessengruppen können in einem öffentlichen Diskurs ihre Standpunkte und Ideen einbringen und diskutieren. Aus Sicht der deliberativen Demokratietheorie kann die öffentliche Deliberation sogar wichtiger sein als der formale (Mehrheits-)Entscheid. Jedenfalls ist die öffentliche Deliberation eine «*conditio sine qua non*», ohne die eine förmliche Abstimmung praktisch keine Legitimationswirkung hat. Die Abkehr von der Idee der Brandmauer zwischen Konvent und Regierungskonferenz, verbunden mit der Steigerung der Regierungspräsenz im Konvent, ist entscheidend für die Rolle der Öffentlichkeit im Verfassungsprozess. Indem de facto die Verfassungsentscheidungen im Konventsverfahren fallen, wurde ein qualitativer Sprung in Richtung einer *öffentlichen Verfassungsentwicklung* gemacht. ■

Prof. Anne Peters ist Ordinaria für Völker- und Staatsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Basel.

Was ist eigentlich «Osteuropa»?

Heiko Haumann

Osteuropa wurde in Politik und Geschichtswissenschaft zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich definiert. Zum Verständnis eines facettenreichen Begriffs und zu den Schwierigkeiten einer geographischen, historischen und kulturellen Eingrenzung.

«Osteuropa ist tot!» So hiess es in einer Diskussion, die innerhalb des Faches Osteuropäische Geschichte in Deutschland 1998/99 geführt wurde. Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftsystems sei auch die begriffliche Einheit für einen Raum verschwunden, in dem sich «das Andere» gegenüber dem Westen symbolisiert habe. Folgerichtig plädierten die Anhänger dieser These für eine Abschaffung des Faches und für dessen Integration in die «Allgemeine Geschichte», bei gleichzeitiger Spezialisierung auf einzelne Länder oder Teilregionen. Dabei stiessen sie allerdings auf entschiedenen Widerspruch.

Inzwischen hat sich die Aufregung wieder gelegt und ist einer nüchternen Betrachtungsweise gewichen. Unbestritten ist, dass die Gründung von Lehrstühlen für Osteuropäische Geschichte oft mit politischen Absichten verbunden war und dass der Begriff «Osteuropa» konstruiert, ja zu unterschiedlichen Zeiten je nach herrschendem Geschichtsbild anders verstanden wurde. Der Osten, das war ursprünglich der Orient, also Ostrom, das Byzantinische Reich, später das Osmanische Reich. Russland, die baltischen Länder, auch Polen-Litauen galten bis in das 18. Jahrhundert als «Nordeuropa».

Erst dann, als sich allmählich die Machtverhältnisse in diesem Raum zugunsten Russlands verschoben und das Interesse an jenen fremden Gebieten zunahm, wurde «Osteuropa» im heutigen Sinn «erfunden». Der Begriff, der sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchsetzte, bezog sich dabei zunächst in

erster Linie auf Russland. Daneben weitete sich das Verständnis in wachsender Masse auf den gesamten Raum von Polen über Böhmen und Ungarn bis zum «Balkan» aus. Diese Sichtweise ist also, anders als in der eingangs erwähnten Diskussion behauptet, keine Folge des «Eisernen Vorhanges» nach 1945, wohl aber vom Westen her geprägt. Je mehr sich die westlichen Staaten seit dem 18. Jahrhundert als «Europa» und Zentrum der Zivilisation definierten, desto stärker musste der Osten als das rückständige, «andere Europa» erscheinen.

Gemeinsame Identität fehlt Diese eng mit politisch-kulturellen Bedingungen verbundene Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Ost und West hat sich keineswegs geradlinig entfaltet, aber, verschärft durch den «Kalten Krieg», bis in die jüngste Zeit erhalten. In Osteuropa selbst hat sie immer wieder zu heftigen Debatten über einen eigenen Weg oder die Orientierung an westlichen Vorbildern angeregt. Sollten wir deshalb am besten tatsächlich vom Begriff «Osteuropa» Abstand nehmen? Eine gemeinsame «osteuropäische Identität» hat sich offenbar in der Bevölkerung nicht verankert, gerade auch nicht während der kommunistischen Periode. Viele Bewohner der Gebiete ausserhalb Russlands sehen sich nicht als «Osteuropäer», sondern wollen ein Teil «Mitteleuropas» oder zumindest «Ostmitteleuropas» sein; im Süden wird die Zugehörigkeit zu «Südosteuropa» betont, das viele dem mit Barbarei und Gewalttätigkeit assoziierten Begriff «Balkan» vorziehen. Konstruktionen sind dies allerdings ebenso. An sich lässt sich, ganz banal, nicht davon absehen, dass es irgendwo einen Westen und einen Osten Europas gibt. Vom jeweiligen Standpunkt hängt es ab, wo das Zentrum ist, von dem aus sich die Himmelsrichtungen verzweigen. Was also ist «Osteuropa»?

Eine deutliche geographische Eingrenzung ist nicht sichtbar. Selbst über den Ural gehen viele «europäische» Einflüsse hinaus. Dennoch sprechen ernsthafte Argumente für die Eigenart des Grossraumes und damit für eine spezifische wissenschaftliche Disziplin. Die Vielfalt der Sprachen – und mit ihnen der Völker – Osteuropas ist nur verhältnismässig wenigen Spezialisten zugänglich. Würde das eigene Fach aufgegeben, ginge mit hoher Wahrscheinlichkeit eine angemessene Untersuchung jenes Raumes verloren. Die von Nicht-Osteuropa-Historikern verfassten Geschichten Europas zeigen anschaulich, wie hier die westeuropäisch geprägte Sichtweise vorherrscht – so wie in der politischen Diskussion oft abwertend von den osteuropäischen «Reform- und Transformationsstaaten» gesprochen wird, die um die Aufnahme in die Europäische Union nachsuchen, die ihnen gnädigst gewährt wird, damit sie den Weg der Zivilisation beschreiten können. Insofern verwundert es nicht, dass in einigen osteuropäischen Ländern als Reaktion darauf eine Diskussion über die «Westerweiterung» in Gang gekommen ist.

Differenzierte Geschichte Darüber hinaus hat der Raum eine gemeinsame, wenngleich in sich differenzierte Geschichte, in unterschiedlich dichten Beziehungen der dortigen Territorien untereinander wie mit westlichen Ländern. Aufgrund der häufigen Wechsel staatlicher Zugehörigkeit und vielfachen Migrationsbewegungen kann oft die Geschichte und Kultur eines Volkes oder einer Ethnie nicht unbedingt mit einem bestimmten Staat verbunden werden. Vollends wurde seit der wachsenden Abgrenzung des Westens vom Osten, trotz vielfältiger Verbindungen und in den Übergangszonen auch Vermischungen, die eigenständige Entwicklung Osteuropas «gemacht» und in ständiger Auseinandersetzung mit dem Westen, aber auch dem eigenen «Osten» reflektiert.

Festmachen lässt sich die Eigenständigkeit etwa an den kirchlich-kulturellen Wegen, an der bedeutenden Rolle von Dorfgemeinden mit ihrer Selbstverwaltung und ihren Wertvorstellungen in vielen osteuropäischen Ländern, an gemeinsamen Familien- und Gesellschaftsformen, an einer von Westeuropa

unterschiedenen – und keineswegs schlechteren – Stellung der Frau, an zahlreichen Beispielen des Volksglaubens und der Mythen, an einer grösseren Toleranz gegenüber Andersgläubigen, an alternativen Herrschaftsformen, die zugleich ihre Querverbindungen zu Westeuropa hatten (ständisch-«demokratischen» in Polen, Böhmen, Ungarn und Kroatien, autokratischen in Russland), an besonderen Ausprägungen freiheitlicher Ideen und Bewegungen. Dabei haben sich die osteuropäischen Länder immer als Teil Europas verstanden. Angesichts der Osterweiterung der EU wäre es angebracht, seitens der Westeuropäer die Eigenständigkeit und Gleichwertigkeit der Geschichte und Kultur Osteuropas anzuerkennen, sich von den Klischees der Rückständigkeit und mangelnden Zivilisiertheit zu lösen.

Betrachtung von Lebenswelten Das gilt auch für die Geschichtswissenschaft. Das Fach Osteuropäische Geschichte wird erst dann überflüssig, wenn es für HistorikerInnen von den sprachlichen Voraussetzungen wie von den kulturellen Voreinstellungen her ebenso selbstverständlich ist, ein Thema aus der Geschichte Osteuropas wie aus derjenigen Westeuropas zu wählen. Die beiden Lehrstühle für Osteuropäische Geschichte in der Schweiz – an den Universitäten Zürich und Basel – haben, bei aller notwendigen Spezialisierung, immer darauf Wert gelegt, sich nicht zu isolieren und das «Allgemeine» an den jeweiligen besonderen historischen Prozessen aufzuzeigen – so wie eine Lehrveranstaltung oder ein Forschungsprojekt zu einem Aspekt der westeuropäischen Geschichte zugleich besonders und allgemein ist. Wer einen Gegensatz zwischen «Allgemeiner» und «Osteuropäischer Geschichte» konstruiert, geht selbst von einem westeuropäisch bestimmten Geschichtsbild aus.

Besonders wichtig ist die vergleichende Betrachtung von Lebenswelten, die Verbindung von regionalen Studien mit übergreifenden Perspektiven, um das «Eigene» der jeweiligen Verhältnisse herauszuarbeiten und die schematische Übertragung von Kategorien, die an anderen Gesellschaften gewonnen wurden, zu verhindern. Ein «klassischer» Fall für den interregionalen Vergleich stellen Untersuchungen zur Geschichte und Kul-



Vorstellungen vom fremden Osten: Abraham Ortelius, *Asiae orbis partium maximae descriptio* (1567), Kupferstich (Ausschnitt) [Bild: UB Basel, Kartensammlung].

tur der Ostjuden dar. Sie belegen im Übrigen exemplarisch eine vom Westen eigenständige Entwicklung im gesamten osteuropäischen Raum bei gleichzeitiger innerer Differenzierung. Immer wieder werden schliesslich die Beziehungen osteuropäischer Länder mit Westeuropa, namentlich mit der Schweiz thematisiert. Insgesamt geht es darum, Werturteile über «fremdartiges» Verhalten oder angebliche Rückständigkeit in Frage

zu stellen, indem die sozialen Zustände und kulturellen Praktiken in ihren geschichtlichen Erscheinungsformen «von innen her» erschlossen werden. Auf diese Weise kann die Erforschung der Geschichte und Kultur Osteuropas dazu beitragen, gesamteuropäische Zusammenhänge zu erkennen und ein Geschichtsbild zu fördern, das die Vorgänge im «Osten» in ihrer Eigenart, ohne Überlegenheitsgefühle, wahrnimmt. ■

Prof. Heiko Haumann ist Ordinarius für Osteuropäische und Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Basel.

Ost-West-Öffnung

Christoph Dieffenbacher

Welche Folgen der Fall des Eisernen Vorhangs in zwei benachbarten Grenzregionen Österreichs und Ungarns hatte, hat Andrea Kampschulte vom Geographischen Institut der Universität Basel empirisch untersucht.

Sopronpuszta, ein kleiner ungarischer Grenzort, im August 1989: Während eines «Europa-Picknicks» überquerten hunderte von DDR-Bürgern und -Bürgerinnen jubelnd das eben geöffnete Tor durch den Stacheldrahtzaun. In Österreich wurden die Flüchtlinge freundlich empfangen, die Freudenszenen setzten sich bis zum Wiener Westbahnhof fort. Wenige Wochen später standen dieser und andere Grenzübergänge ganz offen: Der Eiserne Vorhang, der Ost- und Westeuropa jahrzehntelang getrennt hatte, war Vergangenheit.

Wie wirkte sich diese Öffnung am Beispiel von zwei Grenzregionen aus, dem nördlichen Burgenland in Österreich und dem Komitat Győr-Moson-Sopron in Ungarn? Diese Frage stellte sich Dr. Andrea Kampschulte, Oberassistentin an der Abteilung Humangeographie am Geographischen Institut, für ihre 1999 erschienene Dissertation. Sie befragte rund 900 Haushalte im österreichischen und 700 Haushalte im ungarischen Gebiet. Die Bevölkerung war den ausländischen Nachbarn gegenüber mehrheitlich positiv eingestellt. Die Grenzübertritte nahmen zunächst zu, wobei die Ungarn deutlich mehr nach Österreich fuhren als umgekehrt – vor allem zum Einkaufen. Wichtige Faktoren für das Zusammenwachsen des Gebiets beidseits der Grenze waren persönliche Kontakte und die Kenntnis der Nachbarsprache, lautet ein Ergebnis der Studie.

In der Wirtschaft überwogen zunächst Export- und Import-Beziehungen über die Grenze, während Direktinvestitionen ins andere Land praktisch bedeutungslos waren. Für die Einschätzung der Zukunft wertete Kampschulte die Antworten von 55 österreichischen und 38 ungarischen Betrieben im Grenzgebiet

aus. Alle versprachen sich mit der Öffnung mehr Entwicklungschancen und Kooperationen. In Ungarn wurden die Perspektiven allerdings pessimistischer eingeschätzt, was vor allem an der Umstellung auf ein neues Wirtschaftssystem lag. Doch während das nördliche Burgenland weiterhin zu den entwicklungsschwachen Regionen in Österreich gehört, zählt Westungarn seit der Grenzöffnung zu den begünstigten Räumen Ungarns – wegen seiner Nähe zu Westeuropa.

Die langfristig wohl grössten Chancen in beiden Regionen liegen im soziokulturellen Bereich, heisst es in der Studie. Für eine Belebung der nachbarlichen Kontakte müsste aber die «Grenze in den Köpfen» der Bevölkerung weiter abgebaut werden. Dazu kommen wirtschaftliche Probleme wie Produktionsverlagerungen aus Österreich ins Niedriglohnland Ungarn oder die Konkurrenzsituation im Einzelhandel: Nachdem sich nämlich der auf Nachholbedarf basierende Einkaufstourismus aus Ungarn normalisiert hatte, waren westungarische Zentren wie Sopron dabei, ihre Einzugsgebiete auf österreichischer Seite zurückzugewinnen.

Wegen des ökonomischen Ungleichgewichts haben beide Staaten die Durchlässigkeit der Grenze nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zunächst wieder eingeschränkt: mit strengeren Grenzkontrollen beiderseits, einer Beschränkung der ausländischen Arbeitskräfte im Burgenland und verschärften Zoll- und Devisenbestimmungen in Ungarn. «Von einer offenen Grenze kann also nicht gesprochen werden», sagt Kampschulte. Die weitere Zukunft der beiden Regionen hängt wesentlich von der europäischen Entwicklung ab: Bereits mit der Mitgliedschaft Österreichs zur Europäischen Union wurde die einstige Systemgrenze zwischen Ost und West zur EU-Aussengrenze. Dies wird mit einem EU-Beitritt Ungarns wegfallen – und damit könnte diese Grenze tatsächlich wieder zu einer offenen Grenze werden und noch stärker als Verbindung wirken. ■

Shakespeare – ein Europäer?

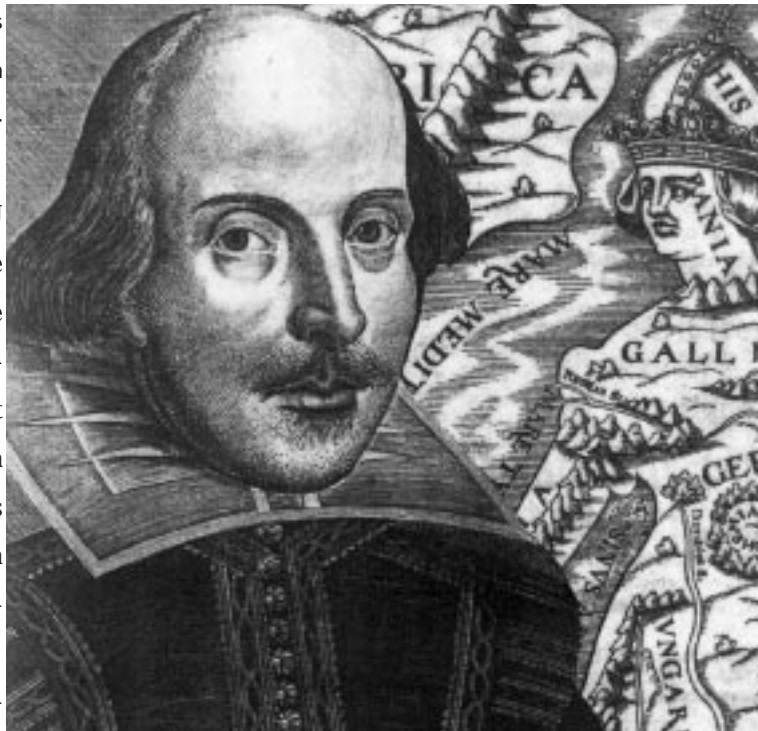
Balz Engler

Die Erforschung des Werks und der Aufnahme des englischen Dramatikers Shakespeare eignet sich dafür, die vielfältigen Kulturen Europas im Vergleich zu studieren.

Als kürzlich der Beitritt mehrerer neuer Mitglieder in die EU besiegelt wurde, ging ein Bild durch die Presse, auf dem ihre Vertreter vor der Akropolis in Athen posierten. Hätte man sie sich vor Shakespeares Geburtshaus in Stratford vorstellen können? Wohl eher nicht. Das klassische Griechenland gilt seit der Renaissance als eine der Hauptquellen dessen, was Europa kulturell gemeinsam hat; Shakespeare dagegen ist einerseits Engländer geblieben, andererseits zum Weltbürger geworden. In seiner eigenen Zeit aber schrieb er in einer Sprache, die ausserhalb Englands niemand verstand.

Sieht man allerdings genauer hin, so erweist sich, dass Shakespeare sehr viel dazu beigetragen hat, was uns Europa bedeutet. Im 18. Jahrhundert wurde sein Werk in verschiedenen europäischen Ländern als Gegenentwurf zu einer klassisch geprägten Kultur aufgenommen, zuerst mit einiger Skepsis in Frankreich, dann mit Begeisterung in Deutschland, und von diesen Ländern aus in den Mittelmeerländern und in Mittel- und Osteuropa. Er wurde zum meistgelesenen und -aufgeführten Dramatiker überhaupt.

Shakespeares Werk durchdrang die Kulturen Europas. Sätze aus seinen Stücken wurden zu sprichwörtlichen Fügungen (war sich etwa Hitler bewusst, dass er *Hamlet* zitierte, wenn er davon sprach, etwas sei eine Frage von Sein oder Nichtsein für das deutsche Volk?), Figuren wurden zu Modellen, in denen man seine Mitmenschen erkannte, Handlungen wurden zu Mustern, die einem zur Erklärung politischer Vorgänge dien-



Einander zugewandt? William Shakespeare (das Porträt in der Folio-Ausgabe von 1623) und Europa (aus Sebastian Münsters *Cosmographia*) [Illustration: Englisch Seminar].

ten. In den frühen Zeiten der europäischen Einigung wurde Shakespeare auch durchaus als eine Leitfigur genannt, etwa in einer Rede von Hendryk Brugmans, dem zeitweiligen Präsidenten der Europäischen Föderalisten, im Jahr 1948, in welcher er ausrief: «Europa, das ist Mozart einerseits und Charles Péguy andererseits, und das ist Shakespeare, der beide in sich vereinigt.» (Den Hinweis auf diese Rede verdanke ich im Übrigen dem Leiter des Basler Europainstituts.)

Unterschiedliche Aufnahme Aber je nach den Bedingungen, welche sein Werk in verschiedenen Ländern antraf, wurde es verschieden aufgenommen, verschieden «konstruiert». In Spanien galt sein *Othello*, dessen Titelheld ja ein Mohr, ein Maure, ist, besonders viel; in Deutschland war es Hamlet, in

dessen Zögern man zu Zeiten geradezu einen nationalen Charakterzug sah; in Verona begann man sich als Heimatstadt des *latin lover* schlechthin zu feiern. Dieses Gemeinsame, eben Shakespeare, wie auch die Unterschiede in seiner Aufnahme machen es möglich, die europäische Dimension seines Werks zu erforschen und an einem wichtigen Beispiel europäische Kulturen im Vergleich zu studieren.

Seit etwa zehn Jahren gibt es ein internationales Netzwerk von Forschenden aus ganz Europa, an dem das Englische Seminar der Universität Basel in führender Rolle beteiligt ist. In gemeinsamen Konferenzen, die alle zwei Jahre in einer andern Stadt Europas stattfinden (bisher Sofia, Murcia, Basel, in diesem Jahr Utrecht), und in Publikationen wird Fragen nachgegangen wie: Wie wurden Shakespeares Stücke in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Epochen aufgeführt? Welche Szenen aus seinem Werk erscheinen wie in der bildenden Kunst? Wie sind seine Werke in der politischen Diskussion eingesetzt worden? Und eine wichtige Frage, welcher die Forschung bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt hat: Wie wird Shakespeare wo in der Schule unterrichtet? Als besonders aufschlussreich erwiesen hat sich dabei die Aufnahme Shakespeares in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang: Dort blieben seine Werke als Klassiker unangefochten und konnten deshalb besonders im Theater häufig dazu verwendet werden, subversive Inhalte zu transportieren.

Die Homepage des Projekts gibt umfassende Links über Shakespeare-Übersetzungen, Adaptationen und vieles andere mehr (www.unibas.ch/shine/). Als neueste Frucht der Arbeit steht dort nun auch eine *Hamlet*-Ausgabe im Netz, die sich daran macht, nachzuweisen, wie das Stück in den Sprachen, Literaturen und Künsten, aber auch in der Werbung Europas präsent ist. Die Grundlagen und die ersten Anfänge dazu wurden in einem Seminar im Wintersemester 2002/03 erarbeitet.

Zweisprachige Ausgabe Was Shakespeare (in allen Schattierungen des Wortes) für wen bedeutet, kann auf zwei Arten sichtbar gemacht werden: einerseits in der Erforschung der Rolle, die er in einer Kultur spielt, wie er zu verschiedenen Zei-

ten verstanden und reproduziert worden ist, andererseits in der Auseinandersetzung damit, wie seine Werke eigentlich zu lesen sind, in der Erarbeitung zuverlässiger Texte und ihrer Erklärung. Auch in diesem Bereich ist das Englische Seminar der Universität Basel aktiv an der Forschungsarbeit beteiligt: Mit Unterstützung des Nationalfonds ist es am internationalen Projekt der Herausgabe einer *Englisch-deutschen Studienausgabe der Dramen Shakespeares* beteiligt. Diese stellt seine Stücke zweisprachig kritisch kommentiert vor. Von den 21 Bänden, die bisher erschienen sind, wurden fünf in Basel erarbeitet, ein neuer, *Heinrich VI, 1*, herausgegeben von Jennifer Jermann, ist soeben erschienen. Bei der Arbeit an der Ausgabe hat sich immer wieder gezeigt, dass die Konfrontation zweier Sprachen im Übersetzungsvorgang zu neuen Einsichten auch in die Bedeutung des englischen Texts führt – deutschsprachige Herausgeber stellen andere Fragen als englische, und weil sie alles übersetzen müssen, können sie sich zu Stellen, die schwer verständlich sind, nicht einfach ausschweigen, wie englischsprachige Herausgeber das gern tun.

In den Kulturwissenschaften bedeutet das Formulieren eines Sachverhalts immer zugleich einen Beitrag zu seinem Wirksamwerden als kulturelles Phänomen. Deshalb ist die Erforschung dessen, was in verschiedenen europäischen Ländern aus Shakespeare gemacht worden ist, auch ein (bescheidener) Beitrag dazu, was Europa ist und was aus ihm wird. Ist Shakespeare ein Europäer? Er ist dazu geworden, und ein Ende dieses Prozesses ist auch hier, wie Goethe schon vor gegen 200 Jahren in anderem Zusammenhang zu Shakespeare feststellte, nicht abzusehen.

Der Band *Shifting the Scene: Shakespeare in European Culture*, der aus der Basler Konferenz hervorging, wird übrigens bei der University of Delaware Press erscheinen, einem amerikanischen Verlag. Weshalb das so ist? Die Antwort darauf wäre komplex und interessant und würde durchaus auch etwas über den Zustand Europas sagen; aber sie würde den Rahmen eines Berichts über Shakespeare als Europäer sprengen ... ■

Prof. Balz Engler ist Ordinarius für Englische Philologie an der Universität Basel.

Selling Science

Science sells – das ist nicht neu. Von Aspirin bis Zahnpasta verkauft sich alles besser, wenn es das Gütesiegel der wissenschaftlichen Prüfung trägt. Besonders gilt dies für Produkte, von denen man meint, dass ihnen ohne weitere werbende Massnahmen kein Vertrauen entgegengebracht wird: Weil man sie nicht kennt oder weil man die Folgen ihres Gebrauchs nicht so recht abschätzen kann. Deshalb setzt etwa die Werbung für Pillen, Diäten oder Waschmittel auf Vertrauensbildung durch Information über Zusammensetzung, Wirksamkeit und nachhaltige Folgen des Produkts.

Neu ist, dass Wissenschaft selbst in die Rolle eines Produkts geraten ist, dem man ohne weitere werbende Massnahmen kein Vertrauen mehr entgegenbringt. Wiederum: Weil man es nicht kennt oder weil man die Folgen seines Gebrauchs nicht so recht abschätzen kann. Kernenergie, Gentechnologie, Nanomedizin: Seit man weiss, dass die Früchte der Wissenschaft auch negative Folgen zeitigen können, will man genauer wissen, worauf man sich eigentlich mit Wissenschaft und deren Produkten einlässt. Und: Wissenschaft ist uns zwar teuer, aber sie ist auch ziemlich teuer – auch deshalb nimmt die Öffentlichkeit die Wissenschaft zunehmend in die Rechenschaftspflicht.

Nach anfänglichem Grummeln im Elfenbeinturm setzt sich bei den Experten die Einsicht durch, dass Kommunikation mit der Öffentlichkeit Not tut, wenn diese weiterhin Vertrauen und Steuermittel in die Wissenschaft investieren soll. Doch wie? Programme, die auf den Dialog oder auf *Public Understanding of Science (PUS)* setzen, sind zwar weiterhin en vogue – doch wirklich unterhaltend findet man sie eher nicht. Ausserdem zeigen sich in der Öffentlichkeit bereits Abwehrreaktionen. Angesichts der Flut von News macht sich hier die so genannte aufgeklärte Ignoranz breit: Wer will sich schon *stets* und *umfassend* über *alles* informieren? Nein, Infotainment und Imagewerbung, Event und Product Marketing müssen her, und vor allem: offensive Medienarbeit. *Selling science* heisst: Weniger PUS, mehr PR. Es gilt, komplexe Themen aus Wissenschaft, Medizin und Hochschule knapp und breitenwirksam zu vermitteln – und zwar professionell, vernetzt, emotional (so das Aktionsprogramm des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft).

Die Medien, so scheint es, warten nur auf die neue Kooperation mit der Wissenschaft. Vor allem Themen aus Medizin und Biowissenschaften haben Konjunktur. Dennoch knirscht es: Die Wissenschaften fühlen sich in der Regel misrepräsentiert, und die Medien fühlen sich oft unterinformiert. Hinzu kommen weitere Probleme. Die WissenschaftlerInnen verfügen – von talen-



Prof. Sabine Maasen studierte Soziologie, Psychologie und Linguistik und hat an der Universität Basel die Professur für Science Studies inne. Schwerpunkt ihrer Forschung und Lehre ist das Thema «Wissenschaft in der Gesellschaft».

tierten Ausnahmen abgesehen – nicht über die erforderliche Medienkompetenz. Auf Seiten der Medien ist die Wissenschaftsredaktion unterdessen eine Rarität geworden: Der wachsende Kostendruck führt zu Personalabbau und Kompetenzverlust in überforderten Redaktionen. Wie soll so ein funktionsfähiges Netzwerk zwischen sachkundigen JournalistInnen und öffentlichkeitsbewussten WissenschaftlerInnen entstehen?

Beide Seiten entwickeln ihre Lösungen: Die institutionalisierte Wissenschaft setzt zum Beispiel auf die professionell arbeitende Medienstelle der Universität oder auf den *Visible scientist*. Beide arbeiten indes nicht nur mit Information, sondern auch mit bewährten Verkaufsstrategien der Medien, etwa mit der Hoffnung auf neue Behandlungstechniken. Beide nutzen den Effekt der Personalisierung, etwa den Autoritätsbonus des engagierten Wissenschaftlers. *Mythinformation* wie diese zeugt vom wachsenden Druck, der vom Unterhaltungsmarkt auf die Information der Wissenschaft über sich selbst ausgeht.

Auf Seiten der Medien haben Zeit- und Kostendruck zur Einrichtung von Nachrichtenagenturen, Magazin-Redaktionen und «schnellen Reportern» der elektronischen Medien geführt. Hochkomplexe Themen, vorwiegend aus Naturwissenschaft und Medizin, werden hier für den *Reader's Digest* lokaler Wissenschaftsberichterstattung vorbereitet. *News to use*, lautet die Devise. Der Trend zur Kürze und zum Comic erschwert allerdings die seriöse Information zugunsten einer Boulevardisierung von Wissenschaft. Auch sie belegt den wachsenden Druck, der vom Unterhaltungsmarkt auf die mediale Information über Wissenschaft ausgeht.

Dies bleibt nicht ohne Rückwirkung auf bekannte Wissenschaftszeitschriften wie «Science» und «Nature». Beide peilen seit einiger Zeit durch attraktive Aufmachung und journalistischen Duktus eine breitere akademische Öffentlichkeit an. Nicht ohne Erfolg werden hier Schnelligkeit und Seriosität der Informationsvermittlung kombiniert. *Science as news*. Gerät das Verkaufen von Wissenschaft also zwangsläufig zu ihrem Ausverkauf? Die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit nimmt heute viele Wege zwischen PUS und PR. Insbesondere für Letztere aber gilt: Zwischen Info und -tainment führt nur ein schmaler Grat.

Science Going Public: Auch wenn man der Wissenschaft generell noch immer die Produktion verlässlichen Wissens zutraut, muss es doch im konkreten Fall zunehmend weiteren Kriterien genügen (zum Beispiel der Nachhaltigkeit). Dazu muss die Wissenschaft heute scheinbar Gegensätzliches tun: effizientes Spezialistentum und kognitive Distanz erhalten, transdisziplinäre Verständigung und soziale Nähe suchen.

Die Sozialforscherin und die Werbung

Claudia Pantellini

Wie weit die Werbung unser Verhalten beeinflusst, erforscht Michaela Wänke, Professorin für Sozial- und Wirtschaftspsychologie. Ihre sportlichen Interessen müssen vorerst zurückstehen. Ein Porträt.

Ihr Arbeitszimmer im Institut für Psychologie ist hell und eher spärlich möbliert. Keine Studierstube im klassischen Sinn, aber ein Ort, an dem intensiv gearbeitet wird – dies lassen auf jeden Fall die vielen Unterlagen auf den grossen Tischen vermuten. Nicht so recht ins Bild passt ein Holzschlitten, der noch kaum benutzt aussieht. Michaela Wänke, seit gut einem Jahr Professorin für Sozial- und Wirtschaftspsychologie, gesteht ihre Vorlieben für allerlei Outdoor-Aktivitäten ein, lässt aber auch durchblicken, dass sie seit ihrem Arbeitsbeginn kaum dazu gekommen ist – der Schlitten ist also tatsächlich noch wenig gebraucht.

Die Anforderungen an die Professorin sind allein durch die stetig wachsende Zahl der Studierenden hoch, deren Zunahme in den letzten Jahren fünfzig Prozent betrug. Die Stelle für Sozial- und Wirtschaftspsychologie wurde als viertes Ordinariat neu geschaffen. Gerade dieses Fach hat mit dem gemeinhin verbreiteten Klischee des Psychologen, «der einem sagt, wie man ist, aufgrund dessen, wie man den Bleistift hält», so Michaela Wänke, herzlich wenig zu tun. Die Psychologie hat sich in jüngerer Zeit zur stark empirisch ausgerichteten, angewandten Sozialforschung entwickelt. Daraus resultiert konsequenterweise, dass sie nicht mehr länger im geisteswissenschaftlich-historischen Bereich beheimatet ist, sondern – wie in Basel geschehen – eine eigene Fakultät bildet.

Die Sozialpsychologie erforscht grundsätzlich das menschliche Denken, Handeln, Fühlen im sozialen Kontext, also in der Be-



Prof. Michaela Wänke, seit April 2002 Ordinaria für Sozial- und Wirtschaftspsychologie an der Universität Basel, wurde 1959 geboren. Die Österreicherin studierte Psychologie und Betriebswirtschaftslehre in Mainz, Haifa und Mannheim und habilitierte im Jahr 1996. Unter anderem lehrte sie an den Universitäten Heidelberg und Erfurt. Neben ihrer Professur in Basel gibt sie Seminare und Workshops zu den Themen Marktforschung, Befragung und Konsumentenpsychologie (Bild: Andreas Zimmermann).

gegnung mit anderen Menschen. Die Wirtschaftspsychologie interessiert sich im Besonderen für Verhalten und Interaktionen überall dort, wo eben die Wirtschaft eine Rolle spielt: am Arbeitsplatz, in der Werbung oder im Konsumverhalten. Auf Letzteres hat sich Michaela Wänke spezialisiert: Die Konsumentenpsychologie ist einer ihrer Schwerpunkte, der zudem eine völlig neue und innovative Forschungsrichtung darstellt. Sehr vereinfacht ausgedrückt, geht es in der Konsumentenpsychologie unter anderem darum, die Einstellungen zu gewissen Produkten oder Phänomenen zu überprüfen. Dabei werden auch die unbewussten oder impliziten Einstellungen mit berücksichtigt. Diese sind dem Individuum oft selbst gar nicht

bewusst, beeinflussen aber trotzdem sein Verhalten. Zum Beispiel, fängt Wänke an, sind die meisten Konsumentinnen und Konsumenten der Überzeugung, ökologisch hergestellte Waren und biologisch produziertes Obst und Gemüse seien sinnvoll und unterstützenswürdig – insgeheim aber «graut ihnen vor Äpfeln mit fleckiger Haut oder Toilettenpapier mit rauer Oberfläche».

Implizite Einstellungen Mittels apparativer Verfahren kann die Wirksamkeit solcher impliziter Einstellungen ermittelt werden. Schnellere Reaktionszeiten bei der Paarung des Produkts mit positiven Wörtern oder Konzepten deuten auf einen stärker positiv besetzten Bezug zum Produkt, während längere Reaktionszeiten auf das Vorhandensein verdeckter impliziter Einstellungen hinweisen, die ein eher ablehnendes Verhalten mit sich bringen. Es liegt auf der Hand, dass solche Forschungsfragen etwa in der Produktevermarktung ihre Anwendung finden. Mehr als für die konkrete Umsetzung dieser Analysen auf dem realen Markt interessiert sich Michaela Wänke allerdings für die kognitiven Prozesse «dahinter». Sie selbst war zwar von 1988 bis 1990 als Marktforscherin bei der Braun AG tätig. Schliesslich aber war ihr dann diese Art der Forschung doch zu «produktebezogen».

Die Neugier, herauszufinden, «wie Menschen generell zu ihren Urteilen kommen», bewog sie, im universitären Rahmen weiterzuforschen. Diese Frage beschäftigte sie, seit sie als 16-Jährige das Buch «Die geheimen Verführer» las. Manches, was darin über die manipulative Macht der Werbung steht, hat sich mittlerweile als überholt oder sogar als falsch erwiesen. Etwa die Behauptung, die Konsumentinnen und Konsumenten würden durch auf dem Bildschirm oder der Leinwand kurz eingeblendete Markennamen, die nicht bewusst wahrgenommen werden können, zum Kauf dieser Produkte animiert werden.

Während der Werbung damals eine unheimliche Macht zugestanden wurde, wird deren Wirksamkeit heute wissenschaftlich untersucht und entmythisiert. Werbung beeinflusst die meisten Menschen viel offenkundiger, als man glaubt. Beispielsweise erweckt sie Neugier für neue Produkte. Wie allerdings

Befragungen auch zeigen, glauben die meisten Menschen nicht daran, dass sie selbst von der Werbung beeinflusst werden: Andere schon, aber sie nicht. Dies, so Michaela Wänke schmunzelnd, wird der «Effekt der dritten Person» genannt.

Fach mit Aussichten Wie wirkungsvoll Werbung nun ist oder nicht – deutlich wird, wie sehr Psychologie in alle Bereiche des täglichen Lebens hineinwirkt. Die Studierenden, die sich für den kürzlich eingeführten Masterstudiengang Sozial- und Wirtschaftspsychologie entschieden haben, werden im späteren Berufsleben vielfache Möglichkeiten haben, gibt sich Michaela Wänke überzeugt. In Deutschland zähle die Psychologie zu den Fächern mit dem härtesten Numerus clausus. Der enorme Zuwachs an Studierenden belegt den Prestigegewinn dieser Studienrichtung: Noch bis vor wenigen Jahren galt die Psychologie – gerade in Basel – zu Recht oder zu Unrecht kaum als Fach mit guten Karriereaussichten.

Das Masterstudium Sozial- und Wirtschaftspsychologie, von Wänke konzipiert, verlangt eigene Forschungstätigkeit; so werden Marktforschungsstudien erstellt, oder die Studierenden arbeiten an sozialpsychologischen Projekten «im Feld» mit. Forschung und Lehre scheinen hier viel eher Hand in Hand zu gehen als an anderen Fakultäten. Obwohl bisher noch keine externen Aufträge an das Institut gelangt sind, scheint dies in naher Zukunft nicht ausgeschlossen. Michaela Wänke selbst nimmt externe Aufträge an und bestreitet zum Beispiel Workshops bei Marktforschungsinstituten zur Fragebogengestaltung. Die Arbeit mit den Studierenden bereite ihr «extreme Freude», sagt Michaela Wänke. Daneben und neben den anderen Tätigkeiten schreibt die vielbeschäftigte, aber sehr ruhig wirkende Ordinaria momentan ein Buch mit dem Titel «Die Fallstricke der Fragebogengestaltung». Kaum verwunderlich, dass sie die Berge, die in Basel recht nah sind und derentwegen sie auch in die Schweiz kommen wollte, bislang noch nicht geniessen konnte. Und es ist unter diesen Umständen gut möglich, dass der Schlitten auch die nächste Saison in ihrem Büro überwintern wird. ■

Claudia Pantellini ist Kulturjournalistin in Basel.

Pflanzen gegen Hitzewallungen

Marcel Falk

Immer mehr Frauen mit Wechseljahr-Beschwerden greifen zu Heilmitteln aus der Traubensilberkerze. Doch bisher fehlten Belege für deren Wirksamkeit. Mehrere Gruppen an der Universität Basel haben nun die pflanzlichen Präparate getestet und heilende Effekte gefunden. Bereits arbeitet eine Spin-off-Firma an der Züchtung von noch potenteren Pflanzen.

Udo Spornitz schlägt das Kompendium der zugelassenen Arzneimittel auf und deutet auf ein Präparat der Traubensilberkerze. «Hilft bei Beschwerden in den Wechseljahren wie Hitzewallungen, Schweissausbrüche, Schlafstörungen, Nervosität und Verstimmungszustände. Unerwünschte Wirkungen: In seltenen Fällen leichte Magenbeschwerden und Übelkeit», liest der Professor des Anatomischen Instituts der Universität Basel. Die Beschreibung ist nur kurz, bei manchen anderen Arzneimitteln dagegen geht sie über mehrere Seiten. Für das Traubensilberkerzen-Präparat seien wohl nur wenige wissenschaftliche Daten bei der Zulassungsbehörde eingereicht worden, sagt Spornitz.

Tatsächlich sind in Sachen heilende und toxische Effekte der Präparate noch viele Fragen offen, wie Willi Schaffner, Leiter des Instituts für Pharmazeutische Biologie der Universität Basel, erklärt. Dennoch nehmen immer mehr Frauen die alkoholischen Extrakte aus Traubensilberkerzen-Wurzeln ein. Den Absatz beflügelt haben Zweifel an der Sicherheit der Hormonersatztherapie, der Standardbehandlung bei Wechseljahr-Beschwerden: Letztes Jahr mussten Forscher in den USA eine gross angelegte Studie abbrechen, obwohl die Hormongaben viele Beschwerden gelindert und die Knochen der Frauen gestärkt hatten. Die Einnahme der Geschlechtshormone Östro-

gen und Progesterin über mehrere Jahre hatte jedoch auch Brustkrebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen gefördert. Frauen suchen deshalb Alternativen zur Hormontherapie.

Zur Zeit des Studienabbruchs liefen Untersuchungen an der Universität Basel mit dem wichtigsten Alternativpräparat, den Traubensilberkerzen-Extrakten, bereits auf Hochtouren. Unter Leitung von Schaffner testete Susanne Frei-Kleiner in Zusammenarbeit mit der Frauenuniversitätsklinik Bern die pflanzlichen Mittel an 122 Frauen mit Wechseljahr-Beschwerden. Erst kürzlich hat sie ihre Daten ausgewertet: Die Präparate wirken bei Frauen mit mittleren bis starken Beschwerden deutlich besser als Scheinmedikamente. Die Hitzewallungen liessen bei den behandelten Frauen gar um über 60 Prozent nach.

Hormonartige Wirkungen Die Befunde stimmen mit Untersuchungen an Zellkulturen überein. Forscher des Instituts für Pharmazeutische Biologie fanden Hinweise auf verschiedene hormonartige Wirkungen der pflanzlichen Mittel. Die vorläufigen Ergebnisse erhärtet hat Udo Spornitz. Nach mehreren Jahren Forschung hatten er und sein Team bei Ratten gelernt, an elektronenmikroskopischen Bildern der Schleimhäute der Gebärmutter und der Vagina die Wirkung von Östrogenen zu erkennen. In der Gebärmutter Schleimhaut führen die Hormone zu kleinen Einbuchtungen, so genannten Pseudodrüsen. In der Vagina dagegen ändern die Zellen je nach Östrogenspiegel ihre Form auf eine charakteristische Weise, die den Forschenden eine genaue Bestimmung des Östrus-Tages im viertägigen Zyklus eines Rattenweibchens erlaubt.

Solche östrogenartigen Effekte fand das Team auch nach der Gabe von Traubensilberkerzen-Extrakten: Mit einer Schlundsonde hatten die Forschenden Ratten täglich über drei Wochen

hinweg die Präparate verabreicht. Danach habe sich die Gebärmutter-schleimhaut wie nach der Gabe von Östrogen verändert, sagt Spornitz. Die elektronenmikroskopischen Bilder beweisen eine Wirkung des pflanzlichen Mittels. Das Resultat hat aber auch eine Kehrseite: Die Effekte auf Gewebe der Gebärmutter oder der Brust – Letzteres hat Spornitz' Team nicht untersucht – könnten möglicherweise ähnlich der Hormonersatztherapie Krebs fördern.

Um die Wechseljahr-Beschwerden zu lindern, müssten die Präparate auf eine hormonelle Steuerungszentrale im Gehirn wirken, auf die «hypothalamische-hypophysäre Achse». Hin-weise darauf fanden sowohl die Forschenden um Spornitz als auch jene um Urs Simmen in Schaffners Gruppe. Möglicher-weise wirken hier Traubensilberkerzen-Präparate ähnlich wie eine Hormonersatztherapie. Das gilt auch für deren Osteopo-rose-Schutz: Die pflanzlichen Mittel aktivieren verschiedene Knochenzellen in Kultur und könnten so den Erhalt der Kno-chenstärke unterstützen, fand Regina Bruggisser in Schaffners Gruppe heraus.

Leberschäden als Nebenwirkung? Weitere Anzeichen unerwünschter Nebenwirkungen spürten die Forschenden um Spornitz auf. Gaben sie den Ratten die Traubensilberkerzen-Präparate in 10- bis 1000-facher Überdosis, litt die Leber der Tiere. Die Zellen verfetteten stark, und die Zahl der Mitochon-drien, der Kraftmaschinen der Zellen, stieg sprunghaft an. Ähnlich verändert sich die Leber auch bei Alkoholikern. «Das zeigt, dass die Leber der Tiere überfordert war», sagt Spornitz. Solche Störungen können in ein Versagen des Organs münden. Tatsächlich weiss Spornitz von einer Frau, die während eines Jahrs Traubensilberkerzen-Präparate einnahm und deren Leber stark verfettete. Ob da jedoch wirklich ein Zusammenhang be-stehe, sei noch völlig unklar, betont der Forscher. Ihn beunru-higt aber, dass die Präparate im Arzneimittel-Kompendium für eine längere Anwendung «bis mindestens sechs Wochen» emp-fohlen werden. Langzeitwirkungen seien demnach gar nicht untersucht, obwohl viele Frauen die Präparate vermutlich über mehrere Jahre hinweg schlucken, meint Spornitz.

Susanne Frei-Kleiner hingegen konnte in ihrer klinischen Stu-die über zwölf Wochen hinweg keine Anzeichen für Leberschä-den entdecken. Bei langjähriger Anwendung der Präparate sind sie dennoch nicht ausgeschlossen. Forschende der klinischen Pharmakologie am Kantonsspital Basel würden deshalb Zell-kulturen für toxische Tests entwickeln – unter anderem mit Leberzellen, sagt Schaffner. Für ihn stehen die klinischen und toxikologischen Untersuchungen erst am Anfang. Bisher habe man lediglich gezeigt, dass an den Extrakten aus der Trauben-silberkerzen-Wurzel etwas dran sei.

Den Studien haftet ein Makel an, der bei Phytopharmaka oft unausweichlich ist: Hersteller der pflanzlichen Mittel beziehen ihre Ware meist aus Wildsammlungen. In der Folge unterschei-den sich selbst die Präparate ein und desselben Herstellers. «Mache ich eine Studie mit dem Präparat X, kann ich nicht sicher sein, ob in einem Jahr die gleichen Resultate herauskom-men», erläutert Schaffner. Tatsächlich konnte Corinne Kundert in ihrer Diplomarbeit unter Leitung von Karin Berger zeigen, dass sich verschiedene Traubensilberkerzen – lateinisch *Cimicifuga racemosa* – genetisch stark unterscheiden. Zu dieser natürlichen Vielfalt kommt hinzu, dass bei Wildsammlungen immer wieder artfremde Pflanzen in die Chargen geraten, die äusserlich nicht von Traubensilberkerzen zu unterscheiden sind. Für eine sichere Bestimmung hat Kundert deshalb ein ge-netisches Testverfahren entwickelt.

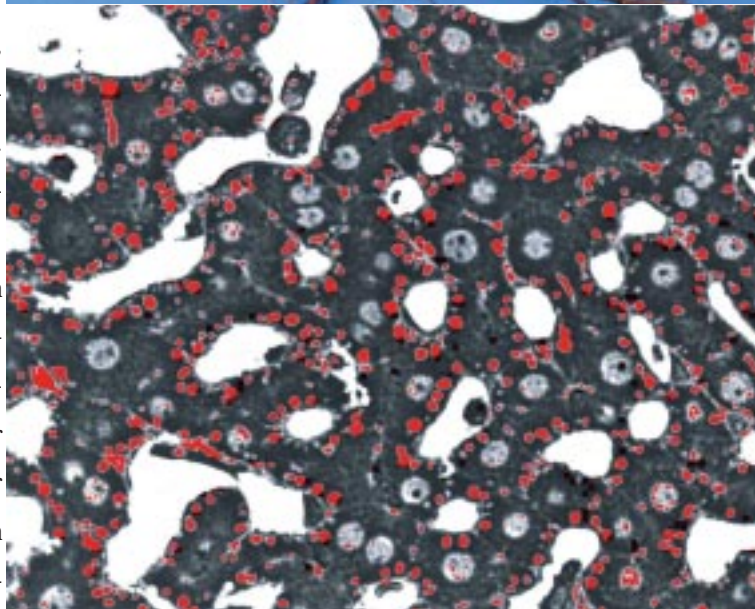
Ganz von den auch ökologisch bedenklichen Wildsammlungen wegkommen möchten Forscher der Firma VitaPlant in Witters-wil, einem Spin-Off des Instituts für Pharmazeutische Biologie, das sich auf den Anbau von Heilpflanzen spezialisiert hat. Die Mitarbeiter tragen aus botanischen Gärten der ganzen Welt Traubensilberkerzen zusammen, züchten sie an und ziehen Extrakte. In Tests an Zellen prüfen sie diese dann auf Wirksam-keit und toxische Effekte. «Letztlich wollen wir eine verbesserte Sorte der Traubensilberkerze züchten und diese kontrolliert anbauen», erklärt VitaPlant-Forscherin Monika Messmer. Be-reits nächstes Jahr möchte die Firma eine Sorte anmelden. Bis die ersten Präparate aus ihren Traubensilberkerzen erhältlich

seien, werde es aber noch einige Jahre dauern, sagt Messmer. Schliesslich würden nur schon von der Pflanzung bis zur Gewinnung der Wurzeln drei Jahre verstreichen.

Indianer-Heilmittel Spornitz' Team versucht die pharmazeutische Qualität der Präparate mit zusätzlichen Extraktionsschritten zu erhöhen. Die Forscher möchten insbesondere die erwünschten hormonellen Wirkungen der Vielstoffgemische von den leberschädigenden trennen. Ein ungewisses Projekt: Müssen für die hormonellen Effekte mehrere Inhaltsstoffe zusammenwirken oder greifen die Wirksubstanzen selbst auch die Leber an, wäre eine Trennung der Wirkungen nicht möglich. Gelänge diese jedoch, liesse sich die bislang noch unbekannte Wirksubstanz in Traubensilberkerzen-Mitteln finden, hofft Spornitz. Die Resultate könnten dann wiederum bei VitaPlant in die Züchtung von optimierten Pflanzen einfliessen. Vielleicht erlauben sie gar eine chemisch-synthetische Nachahmung des pflanzlichen Heilmittels.

Alle Projekte zur Traubensilberkerze sind beispielhaft, wie in Zukunft die pharmazeutischen Effekte von Phytopharmaka bestimmt werden könnten. Solche Beweise fordern die Zulassungsbehörden in der Schweiz und Europa zunehmend für neue pflanzliche Mittel. Schaffner freut sich über die Abkehr vom Prinzip «Nützt es nichts, so schadet es nichts». An seinem Institut arbeiten die Forscher seit Jahren an einer evidenzbasierten Phytotherapie. Birkenblättermitteln, Johanniskraut und Weissdorn-Präparate haben sie bereits wissenschaftlich untersucht. Zuzeit testen die Biologen in Zusammenarbeit mit Urologen der Kantonsspitaler Basel und Liestal auch Extrakte aus Früchten der Sägezahnpalme gegen Prostatabeschwerden.

Die Forschungsarbeiten drängen, da das Interesse an pflanzlichen Heilmitteln anhält oder gar zunimmt. Dahinter vermutet Schaffner auch einen Glauben an eine der Natur innewohnende Heilkraft. Spornitz ortet hier Aufklärungsbedarf: Die Menschen müssten erkennen, dass man nicht alles schlucken kann, was pflanzlich ist. Diese Vertrauensseligkeit in pflanzliche Heilmittel störe ihn, sagt er. Für die Basler Forscher ist es wichtig, einen ungetrübten Blick auf das Potenzial von Phy-



Oben: Mögliche Alternative zur Hormonersatztherapie? Wurzelstock einer Traubensilberkerze, deren Extrakte als Präparat gegen Wechseljahrsbeschwerden verwendet werden (Bild: VitaPlant AG).

Unten: Lichtmikroskopische Aufnahme einer mit Traubensilberkerzen-Extrakt behandelten Rattenleber: Die roten Areale sind Fetteinlagerungen, die durch die hoch dosierte Behandlung zustande gekommen sind (Bild: Anatomisches Institut).

topharmaka zu schaffen, der weder von mythischen Heilversprechen noch vom Stigma der Quacksalberei verschleiert ist. Erste Schritte dahin haben sie nun beim Indianerheilmittel Traubensilberkerze, das im 19. Jahrhundert aus Nordamerika nach Europa kam, geschafft. ■

Marcel Falk ist Wissenschaftsjournalist in Basel.

Monumentale Wort-Geschichte

Georges Lüdi

Das Französische Etymologische Wörterbuch, Lebenswerk des Basler Romanisten Walther von Wartburg, liegt nun in der gedruckten Fassung vollständig vor.

Wer wissen will, woher das deutsche Wort «Erde» stammt, konsultiert zum Beispiel *Reclams Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*. Unter dem Stichwort *Erde* wird die Herkunft des Wortes aus Althochdeutsch *erda*, zusammen mit Englisch *earth* aus einer indogermanischen Wurzel *er(t)-, *eru-, hergeleitet. Die BenutzerInnen des *Französischen Etymologischen Wörterbuchs* von Walther von Wartburg (kurz *FEW*) haben es wesentlich schwieriger. Sie möchten etwa die Etymologie des den Basler Fasnachtlern wohlbekannten französischen Worts *cortège* («Umzug») in Erfahrung bringen. Gut wäre, wenn man schon wüsste, dass es sich um eine Ableitung von *cour* («Hof») handelt – und dass dieses von lateinisch *cohors* («Hofraum für das Vieh») abstammt. Denn das *FEW* ordnet seine Einträge nach der – meist lateinischen, oft aber auch arabischen, germanischen, keltischen usw. – Herkunft des Worts. Sonst muss der seit kurzem fertiggestellte *Index* zu Rate gezogen werden, der angibt, auf welcher der über 17'000 Seiten der 25 Bände das Wort zu finden ist.

Das *FEW* ist nicht einfach ein etymologisches Wörterbuch. Das Ziel dieses monumentalen Werks ist viel umfassender: eine Entwicklungsgeschichte des gesamten galloromanischen Wortschatzes zu schreiben. Einbezogen werden sämtliche Bedeutungen, alle Schreibformen, auf allen Stilebenen, welche irgendwann im französischen, okzitanischen oder im so genannten frankoprovenzalischen Sprachraum verwendet wurden. Zu finden sind also auch Wörter und Bedeutungen, die nur in Dia-

lekten vorkommen, solche, die längst ausgestorben sind oder einem Fachjargon oder einer nicht konventionellen Stilebene angehören. Eingeschlossen sind auch Varietäten des Französischen ausserhalb Frankreichs, etwa regionale Ausdrücke aus der Welschschweiz, Belgien, Kanada, Afrika und Ozeanien.

Familie eingebunden Begründet wurde das *FEW* in den Zwanzigerjahren vom Philologen Walther von Wartburg (1888–1971). Zunächst als private Initiative: Entsprechend war das Projekt in seinen jeweiligen Privathäusern in Aarau, Leipzig und Basel untergebracht, und seine Familie wurde vielfach (inklusive Abschreiben von Zetteln) in die Arbeit eingebunden. Nach dem Krieg kam Bundeshilfe dazu, und seit den frühen Fünfzigerjahren erhielt das Projekt Unterstützung des Nationalfonds. Das erlaubte es von Wartburg, von 1940 bis 1959 Professor für französische Sprachwissenschaft an der Universität Basel, eine eigentliche Redaktion einzurichten, die nach seinem Tod bis 1993 in den Räumen der Universitätsbibliothek Gastrecht fand. Das umfangreiche Werk erschien Stück für Stück in einzelnen Faszikeln. Die Auslieferung des 160. und letzten Teils erfolgte schliesslich Ende 2002.

Das Werk, das eine Zeitspanne von über 80 Jahren umfasst, zeigt natürlich auch Spuren seiner Entstehungsgeschichte: Von Interesse waren zu Beginn besonders jene Wörter aus der Antike, die in ununterbrochener mündlicher Tradition in der Galloromania weitergelebt hatten. Weil allein die Dialekte als Bewahrer der «echten», «unverfälschten» Sprache galten, wollte das *FEW* vor allem die in hunderten von Dialektwörterbüchern verzeichneten Wörter sammeln und für die Nachwelt aufbewahren; die französische Schriftsprache hingegen schien relativ uninteressant. Aber sehr bald änderte der Begründer aufgrund

modernerer Vorstellungen von «Sprache» das Vorgehen tief greifend. Ab dem zweiten Band wurde die Schriftsprache mit einbezogen und damit auch der moderne Fachwortschatz.

Neues Konzept, neue Quellen Von Wartburg sah deshalb vor, die Buchstaben A und B zu überarbeiten. Mit der Neuherausgabe der Wörter mit dem Anfangsbuchstaben A begann er noch selbst, doch die Fertigstellung überstieg seine Lebensspanne bei weitem. Erst 2002 war die Neubearbeitung abgeschlossen. Was zu Beginn 191 Seiten in Band I umfasst hatte, war auf zwei Bände und 2050 Seiten angewachsen. Dazu haben neben der Neukonzeption auch ein grösseres Redaktionsteam sowie zahlreiche neu erschienene und berücksichtigte Quellen (vor allem Wörterbücher, neuerdings auch Online-Datenbanken) beigetragen. Gleichzeitig wurde auch die Veröffentlichung der Materialien unbekanntem Ursprungs abgeschlossen; dazu kommt der erwähnte Index, der das Gesamtwerk erschliesst.

Man wird bemerkt haben, dass die Neubearbeitung des Buchstaben B noch aussteht – und dass sich die Redaktion seit 1993 nicht mehr in Basel befindet. Trotzdem wird der «Abschluss» des Werks gefeiert ... Dahinter steckt ein Stück Forschungs(förderung)geschichte: Ende der Achtzigerjahre schien dem Nationalfonds die regelmässige Belastung durch die bedeutenden Beiträge ans FEW untragbar zu werden. Deshalb wurde ein Ende der Finanzierung beschlossen, obwohl der Abschluss der Neubearbeitung noch bei weitem nicht in Sicht war. Gleichzeitig wusste der Nationalfonds von der überragenden Bedeutung des FEW für die Französische Philologie – und für den Ruf der Schweizer Romanistik.

Das Resultat der nun folgenden Verhandlungen mit dem Centre national de la recherche scientifique (CNRS), der französischen Partnerorganisation, mit der *Stiftung für das etymologische Wörterbuch von Prof. Walther von Wartburg* und mit der Universitätsbibliothek Basel war erfreulich: Der CNRS übernahm die Hauptkosten für die Redaktion, Zettelkästen und Bibliothek wurden ans *Institut National de la Langue Française* nach Nancy transferiert, die Stiftung trug weiterhin die Druckkosten, der Nationalfonds die Kosten für einen Nachwuchsre-

daktor. Als der Abschluss des Buchstaben A nahte und man sich Überlegungen über die Neubearbeitung des Buchstaben B zu machen begann, war auch der CNRS nicht mehr bereit, in ein Jahrzehnteprojekt einzusteigen.

Website statt Faszikel Die Weiterarbeit im alten Stil und Rhythmus war ausgeschlossen, wofür es freilich auch wissenschaftliche Gründe gab. Der Druck von Faszikeln zwingt ein alphabetisches Vorgehen auf, welches aus vielen Gründen nicht optimal ist: Längere Artikel brauchen mehr Zeit als kürzere, verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in unterschiedlichen Zeiträumen verfügbar, die Relevanz der Neubearbeitung der Artikel ist unterschiedlich und hängt entschieden nicht von deren Stellung im Alphabet ab. Was lag deshalb näher als der Entscheid, die traditionelle, gedruckte Fassung als abgeschlossen zu erklären, für die weitere Neubearbeitung (zunächst des Buchstaben B) selektiv vorzugehen und anstelle der Faszikeln die Resultate auf einer Website elektronisch darzustellen?

Das FEW ist einer der bedeutendsten Beiträge – vielleicht sogar der bedeutendste – der Schweizer Romanistik des 20. Jahrhunderts. Dass es von einem Nordwestschweizer begründet wurde und ausserhalb des französischen Sprachraums – zum grösseren Teil in Basel – entstand, ist bezeichnend für die Innovationskraft der damaligen deutschsprachigen Philologen und hat auf die Universität Basel zurückgestrahlt. Es entbehrt freilich nicht einer gewissen Logik, dass Abschluss und Fortsetzung des Werkes nun von Frankreich übernommen wurden. Denn gleichzeitig fand am Ende des 20. Jahrhunderts eine Neupositionierung der Basler Romanistik statt, welche noch keineswegs abgeschlossen ist. Letztere ist willens und in der Lage, ihren Beitrag im Rahmen einer Neupositionierung der Modernen Sprach- und Literaturwissenschaften zu leisten – in Fortsetzung einer grossen Tradition, aber mit neuen Themen und Konzepten. ■

Prof. Georges Lüdi ist Ordinarius für Französische Sprachwissenschaft am Romanischen Seminar der Universität Basel.

Radiologie: An Grenzen gehen

Thomas Pfluger

Mit der Ganzkörperbestrahlung werden bei Leukämiepatienten die Krebszellen eliminiert. Die dabei verabreichte Strahlendosis ist potenziell tödlich. Nur dank der sorgfältigen Berechnungen der Medizinphysiker und der ärztlichen Behandlung überleben die Patienten. Die Therapie gibt ihnen eine Chance, den Krebs zu besiegen.

Die Nacht auf den 28. Mai 1979 verbrachte Prof. Jakob Roth schlaflos. An diesem Tag fand die erste Ganzkörperbestrahlung am Kantonsspital Basel statt, und Roth war für die Bestrahlungsmethode und die Berechnung der Dosis verantwortlich. Obwohl er wusste, dass sie stimmte – er hatte sie mit seinen Kollegen mehrfach nachgerechnet –, war ihm doch auch klar, dass die Strahlendosis die Patientin töten könnte. Die Frau überlebte, und die Ganzkörperbestrahlung wurde allmählich zur Routine für die Mitarbeiter der Abteilung für Radiologische Physik. Sie ist inzwischen bei 560 Patienten durchgeführt worden.

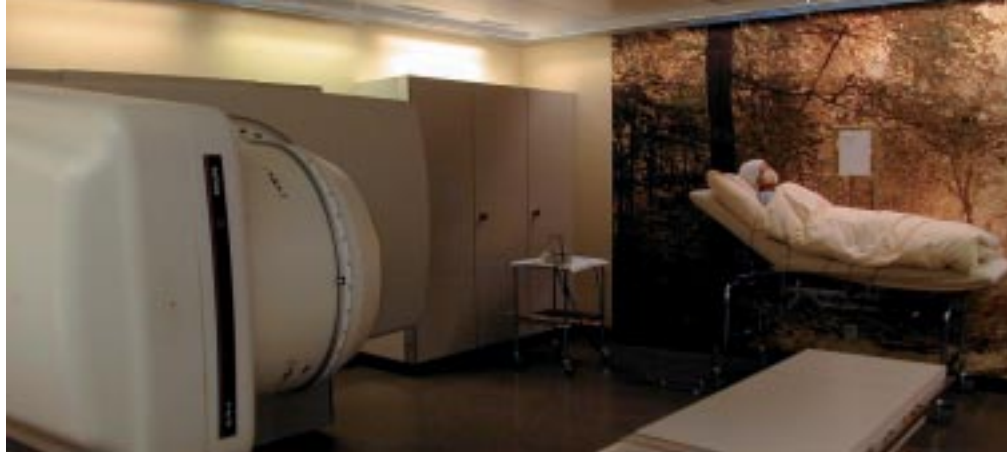
Roth kann heute über seine damalige Angst lächeln. Die Fakten bleiben aber beeindruckend: Im Lauf von drei Tagen werden den Patienten zwölf Gray harter Röntgenstrahlung verabreicht. Mit Gray wird die Energiemenge bezeichnet, die der Körper insgesamt während einer Behandlung aufnimmt. Zwölf Gray entsprechen etwa hunderttausend normalen Röntgenuntersuchungen. Zwei bis sechs Gray sind normalerweise tödlich.

Vor der Transplantation Doch die Medizin muss an Grenzen gehen, wenn sie die tödliche Leukämie besiegen will, den Krebs der blutbildenden Organe. Der Ursprung der Erkrankung liegt im Knochenmark und im Lymphsystem, wo die Stammzellen entstehen, die zu den verschiedenen Blutkörper-

chen heranreifen. Bei einer Leukämie teilen sich dort erzeugte weisse Blutkörperchen ungehemmt, ohne danach auszureifen. Dabei verdrängen sie andere Blutzellen, die ihre Funktionen nicht mehr erfüllen können – ein lebensgefährlicher Zustand.

Oft kann die Krankheit nur durch Entfernung des erkrankten und Transplantation von gesundem Knochenmark geheilt werden, wie PD Dr. Jakob Passweg von der Hämatologie bestätigt. Eine Knochenmarkverpflanzung will sorgfältig vorbereitet sein. Vor allem müssen die im ganzen Körper zirkulierenden Blutkrebszellen abgetötet werden, bevor das gesunde Mark transplantiert wird. Das geschieht mit einer Chemotherapie und – je nach Patient und Leukämieform – mit einer Ganzkörperbestrahlung. Den Medizinphysikern am Kantonsspital Basel fällt dabei die entscheidende Aufgabe zu, die Strahlendosis so einzustellen, dass einerseits der Krebs beseitigt wird, andererseits aber möglichst wenig Nebenwirkungen auftreten.

Messen, messen, messen Ihre Arbeit erfordert hohe Präzision. Für die Bestrahlung stehen Linearbeschleuniger zur Verfügung – Super-Röntgengeräte, die bedeutend energiereichere Strahlung als herkömmliche Apparate erzeugen. Die grossen Maschinen werden regelmässig überprüft, ihre Strahlungsleistung wird genau erfasst. «Dazu verwenden wir unsere Phantome», erläutert Abteilungsleiter Jakob Roth. Wasserphantome sind mit Messgeräten versehene, wassergefüllte Behälter, die in ihrer Strahlendurchlässigkeit dem menschlichen Körper ähneln. Ausgeklügelter sind die menschenähnlichen Phantome, die mit Knochen- und Lungenimitationen ausgestattet sind. Die Phantome werden am Beschleuniger bestrahlt, und aus den Ergebnissen wird die Belastung verschiedener Körperregionen und Organe abgeschätzt. Der Medizinphysiker Horst Neme-



erklärt, warum eine differenzierte Messung nötig ist: «Gewisse Organe – vor allem die Lungen – vertragen nur begrenzte Dosen. An sie muss die Gesamtdosis angeglichen werden. Dabei soll aber der Körper möglichst gleichmässig bestrahlt werden, damit nirgends Krebszellen überleben.»

Wenn ein neuer Patient für die Bestrahlung vorbereitet wird, müssen seine Körpermasse für die Dosisberechnung berücksichtigt werden. Die Resultate aus den Phantommessungen werden dann individuell angepasst. Andere Faktoren müssen ebenfalls mit einbezogen werden, in erster Linie der Abstand vom Beschleuniger, die Lage des Patienten während der Therapie sowie seine Bekleidung und Bedeckung. Die Lagerung spielt laut Roth eine wichtige Rolle: «Einerseits entscheidet sie mit, ob die Bestrahlung gleichmässig wird, andererseits muss auch die Bequemlichkeit des Patienten berücksichtigt werden.» Denn er muss an drei Tagen zweimal täglich – also insgesamt sechsmal – eine Stunde lang im Strahlengang des Beschleunigers still liegen. Die dabei aufgenommene Dosis wird mit mehreren Messgeräten direkt am Körper des Patienten noch einmal erfasst. «Für eine grössere Annehmlichkeit nehmen wir auch leichte Ungenauigkeiten in Kauf», sagt Roth. «Wir können sicher sein, dass die Dosisabweichungen, die wir akzeptieren, die Therapie nicht beeinträchtigen.»

Ohne Nebenwirkungen geht es trotzdem nicht. Den meisten Patienten wird übel, was mit Medikamenten heute zum Glück recht gut kontrolliert werden kann. Vorübergehender Haarausfall, Trübungen der Augenlinsen und manchmal Schäden an weiteren Organen treten ebenfalls auf. Zudem werden die

Bei der Ganzkörperbestrahlung gegen Leukämie wird eine enorme Strahlendosis verabreicht. Im Bild das bei Bestrahlungen verwendete Arrangement mit dem Linearbeschleuniger (links) [Bild: Kantonsspital Basel, Abt. Radiologische Physik].

meisten Männer und Frauen bei der Ganzkörperbestrahlung unfruchtbar. Dass solche Schäden nicht leichtfertig in Kauf genommen werden, versteht sich von selbst. «Die Leukämiepatienten stehen an der Grenze zwischen Leben und Tod», sagt Roth. «Die Bestrahlung kann zu ihrer Genesung beitragen.» Trotz aller Bemühungen überleben nur 50 bis 60 Prozent die aggressive Krebskrankheit.

Zwischen Medizin und Physik Die Strahlenspezialisten des Kantonsspitals führen nicht nur Ganzkörperbestrahlungen durch; sind sie doch fast überall gefordert, wo mit Strahlung gearbeitet wird. Sie kalibrieren und warten sämtliche Strahlen erzeugenden Geräte, führen zusammen mit Ärzten verschiedene Therapien durch und sorgen für den Strahlenschutz der Mitarbeiter. Seit 40 Jahren arbeiten sie in einer eigenständigen Abteilung, was mit einer letztes Jahr erschienenen Jubiläumsschrift gefeiert worden ist. «Das Wissen im Bereich der Ganzkörperbestrahlung hat eine gewisse Sättigung erreicht», sagt Jakob Roth. «Wir haben in den letzten Jahren vor allem bei der gleichmässigen Verteilung der Dosis und bei der Lagerung der Patienten Fortschritte gemacht.» Neuerungen werden eher bei den Krebsmedikamenten erwartet. Vorerst wird die Ganzkörperbestrahlung – am Grenzgebiet zwischen Medizin und Physik, zwischen Leben und Tod – sicher ein wesentlicher Teil der Leukämiebehandlung bleiben. ■

Thomas Pfluger ist Wissenschaftsjournalist in Blauen BL.

Erwerbstätig und arm

Ueli Mäder

In der Schweiz gibt es eine viertel Million Menschen, die erwerbstätig sind und arm. Viele von ihnen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Eine Studie des Instituts für Soziologie skizziert Wege, die aus der Abhängigkeit führen.

In der Schweiz gehören 7,5% der 20- bis 59-jährigen Erwerbstätigen zu den Armen, den so genannten working poor. Sie leben unter dem Existenzminimum, das für eine Einzelperson nach Abzug der Wohn- und Gesundheitskosten rund 1000 Franken vorsieht. Werden die Haushaltsmitglieder einbezogen, steigt die Zahl der Betroffenen auf 553'000, darunter 232'000 Kinder. Der Anteil der working poor erhöhte sich in den 1990er-Jahren bei den Familien mit zwei und mehr Kindern von rund 11% auf 17%, bei den Alleinerziehenden von 15% auf 30%. Immer mehr sind auf Sozialhilfe angewiesen. Was ist zu tun, damit sie keine Unterstützung mehr benötigen? So lautet die Hauptfrage einer Nationalfonds-Studie, die das Institut für Soziologie der Universität Basel kürzlich abgeschlossen hat, zusammen mit der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel, der Universität Fribourg und der Caritas Schweiz, geleitet von Stefan Kutzner, Carlo Knöpfel und mir.

Die Erhebung konzentriert sich auf die Kantone Basel-Stadt und Fribourg. Der quantitative Teil besteht aus einer standardisierten Befragung von 255 aktuellen und 140 ehemaligen Working-poor-Haushalten. Er analysiert ihre konkrete Lebenslage: Arbeit, Ausbildung, Wohnen, Gesundheit, Unterstützung und Veränderung der Lebensformen. Beim qualitativen Teil stehen offene Interviews mit 42 aktuellen und ehemaligen Working-poor-Haushalten im Zentrum. Hier geht es um biographische Entwicklungen und die konkrete Alltagsbewältigung. Gespräche mit 23 Fachleuten beleuchten zudem die Anstrengungen der Sozialhilfe, die working poor darin unterstützen, Wege aus der Abhängigkeit zu finden.

Bei der Analyse der aktuellen Sozialhilfe Beziehenden lassen sich strukturelle und individuelle Aspekte unterscheiden. Mit strukturellen sind etwa die Nationalität und das Geschlecht gemeint, beides relevante Merkmale für das Ausmass und die Art der Betroffenheit von Armut. Zudem sind hier die tiefen Löhne und der hohe Anteil der Alleinerziehenden zu erwähnen. Auch Kinder gehören zu den Risikofaktoren. Weitere Gründe sind die mangelnde berufliche Qualifizierung und der niedrige Ausgleich für Kinderlasten. Zu den inneren Faktoren zählt der Druck, den die Betroffenen auf sich nehmen.

Bei ehemaligen Sozialhilfe Beziehenden lassen sich aktive und passive Faktoren unterscheiden, die einen Ausstieg aus der Working-poor-Existenz ermöglichen. Zu den aktiven zählen der Stellenwechsel, der mit einer Lohnerhöhung verbunden ist, und die Ausweitung des Erwerbsgrads; bei den passiven dominiert der Wegfall der Versorgungspflicht. Der Ausstieg führt primär über Veränderungen der familiären Situation (Rückgang der Unterstützungspflichten) und der beruflichen Qualifikation (Stellenwechsel). Die Beratung durch soziale Institutionen ist von beschränkter Bedeutung. Trotzdem könnte dieser Aspekt stärker zum Tragen kommen. Das zeigt die Situation von working poor, die stressbedingt psychosomatisch erkrankt sind und auf therapeutische Unterstützung angewiesen wären, wobei es auch möglich ist, über Krankheit in eine Working-poor-Situation zu geraten. Die Anstrengungen der Sozialhilfe werden nun in einer weiteren Nationalfonds-Studie des Instituts für Soziologie mit demselben Leitungsteam untersucht. Sie befasst sich mit der Stigmatisierung sozial Benachteiligter und mit der Frage, ob die neue Kategorisierung von Klientengruppen und weitere gut gemeinte Massnahmen zur Stigmatisierung beitragen. ■

Prof. Ueli Mäder ist interimistischer Leiter des Instituts für Soziologie der Universität Basel.

Computerspiel für Geldpolitik

Für einmal in die Rolle des Notenbankgouverneurs zu schlüpfen und wichtige geldpolitische Entscheide zu treffen – das erlaubt das Computerspiel MoPoS (Monetary Police Simulator), das Yvan Lengwiler, Assistenzprofessor für Wirtschaftstheorie am WWZ der Universität Basel, entwickelt hat. Die BenutzerInnen werden in die Situation einer Zentralbank versetzt und können die Geldpolitik in einer einfachen virtuellen Volkswirtschaft simulieren. Mit dem Spiel lässt sich auf unterhaltsame Art ein Gefühl für die makroökonomischen Zusammenhänge und für die Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik erfahren. So wirken sich geldpolitische Massnahmen einer Zentralbank nicht unmittelbar, sondern erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Volkswirtschaft aus. Weil zudem viele makroökonomische Variablen zufälligen Schwankungen ausgesetzt sind, bietet die Simulation immer wieder Überraschungen – die SpielerInnen sehen sich laufend vor Entscheidungen gestellt, die auch einmal zu aktivistisch oder zu vorsichtig ausfallen können. Das Computerspiel MoPoS kann von der Website der Schweizerischen Nationalbank (www.snb.ch) heruntergeladen werden und setzt nur die Installation von Excel 97 voraus; von den

Benutzenden verlangt es keine speziellen Vorkenntnisse.

Neues zur Organbildung

Schon seit vielen Jahren ist bekannt, dass bestimmte Moleküle für die Formgebung der Zellen in einem Organismus zuständig sind, so genannte Morphogene. Sie beeinflussen die Produktion von Proteinen im Zellkern. Deren Konzentration wiederum bewirkt, dass aus den Zellen am richtigen Ort ein Organ entsteht, zum Beispiel ein Flügel. Bislang unerforscht waren die Details, die sich zwischen dem Morphogen-Gradienten und der Proteinproduktion in der Zelle abspielen. Nun ist es Forschenden eines Kollaborationsprojekts der Universität Zürich und des Biozentrums der Universität Basel gelungen, herauszufinden, wie die Informationsübertragung vom Morphogenmolekül ins Innere der Zelle funktioniert. Sie konnten am Beispiel der Fruchtfliege *Drosophila melanogaster* nachweisen, welche biochemischen Vorgänge im Zellkern ausgelöst werden und wie diese die Zellen veranlassen, sich so zu verteilen, dass die gewünschte Formausprägung des Flügels korrekt entsteht. Die Ergebnisse wurden kürzlich in der international renommierten Wissenschaftszeitschrift «Cell» veröffentlicht. Diese Erkenntnisse sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum primären Verständnis der Entwick-

lung unseres Organismus. Das aus der Fruchtfliege bekannte Morphogen Dpp ist auch im Menschen vorhanden. Ob sich auch das Schema der Formgebung direkt auf den Menschen übertragen lässt, bleibt noch herauszufinden.

Stammzelltransplantation

Am Kantonsspital Basel ist kürzlich der tausendste Patient mit einer Stammzelltransplantation behandelt worden. Das Thema ist hochaktuell: Embryonale und adulte Stammzellen mit ihren Möglichkeiten und Grenzen werden derzeit intensiv diskutiert, eine Gesetzgebung ist in Vorbereitung. Die Aussicht auf eine Heilung bisher unbehandelbarer Krankheiten wie Parkinson, Diabetes oder Herzmuskelschwäche weckt Hoffnungen. Sorgen um möglichen Missbrauch, Überschreiten ethischer Grenzen und Berichte über Klonen wecken Ängste. Das Kantonsspital Basel hat eine lange Tradition in der Transplantation blutbildender Stammzellen, nachdem sie hier 1973 als Knochenmarktransplantation eingeführt wurde. Die Transplantation blutbildender Stammzellen zeigt beispielhaft auf, wie ein anfänglich experimentelles schwieriges Verfahren durch intensive klinische und experimentelle Forschung zur etablierten Therapie werden kann. Heute ist es in bestimmten Situationen ein Standardvorgehen bei vielen

schweren angeborenen oder erworbenen, sonst oft tödlich verlaufenden Krankheiten des Knochenmarks. Leukämien, Lymphdrüsenkrebs und Knochenmarkschwund sind die häufigsten Indikationen. Allein im letzten Jahr wurden mehr als 70 hämatologische Stammzelltransplantationen in Basel, etwa 300 in der Schweiz, 20'000 in Europa und geschätzt 60'000 weltweit durchgeführt. Das Stammzelltransplantationsteam Basel stützt sich auf ein zukunftsweisendes Teammodell der spitalübergreifenden Zusammenarbeit und bietet Kindern und Erwachsenen alle heute verfügbaren blutbildenden Stammzellprodukte an. Je nach Situation wird Knochenmark, peripheres Blut und Nabelschnurblut verwendet. Diese Stammzellen können vom Patienten selbst (so genannte autologe Stammzelltransplantation) oder von Geschwistern, andern Familienmitgliedern oder von freiwilligen, typisierten Fremdspendern (allogene Stammzelltransplantation) stammen. Zum Team gehört auch die Nabelschnurblutbank Basel der Swisscord. Die klinische Transplantation wird begleitet durch mehrere, auch vom Nationalfonds geförderte Forschungsprogramme.



Johannes Gruntz-Stoll und Birgit Rissland (Hg.), Lachen macht Schule. Humor in Erziehung und Unterricht. Verlagsbuchhandlung Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn 2002. 185 S., Fr. 28.80.

Schule und Humor unterhalten zu einander ein ebenso spannungsvolles und wechselhaftes wie vielseitiges und konfliktreiches Verhältnis. Da erstaunt es nicht, dass der Humor in schulpädagogischen Konzepten weitgehend ausgeklammert bleibt und weder in didaktischen noch methodischen Publikationen zum Unterricht ausführlicher erörtert wird. Dies obwohl er in seiner Bedeutung als erwünschtes Verhaltensmerkmal von Lehrpersonen in Befragungen von SchülerInnen jeweils einen Spitzenrang einnimmt. Grund genug, dem Humor nicht länger auszuweichen, sondern darüber nachzudenken und nachzufragen, auf welche Weise und mit welchen Wirkungen Schule und

Humor miteinander ins Gespräch und ins Geschäft gebracht werden können. Die Autoren und Autorinnen des Buchs berichten aus unterschiedlichen Blickwinkeln über Erfahrungen und Einsichten, von Forschungsergebnissen und Einsatzmöglichkeiten, über Entwicklungsperspektiven und Weiterbildungsangebote zum Humor in der Schule. Der Mitherausgeber PD Dr. Johannes Gruntz-Stoll ist Dozent und Leiter des Instituts für Spezielle Pädagogik und Psychologie an der Universität Basel.

Biologie in der Schweiz

Niklaus Stettler, Natur erforschen. Perspektiven einer Kulturgeschichte der Biowissenschaft an Schweizer Universitäten 1945–1975. Chronos Verlag, Zürich 2001. 330 S., Fr. 48.–.

Durch den Erdgipfel von Rio 1992 wurden sich die Wissenschaft und Öffentlichkeit schlagartig bewusst, dass die moderne Biologie die auffälligste Eigenschaft der Natur, nämlich ihre Vielfalt, noch kaum verstanden hatte. Dieses Defizit ist die Folge eines Wandels der Biologie von einer historischen zu einer funktionalistischen Wissenschaft im kulturellen und sozialen Kontext der 1950er- und 1960er-Jahre. Der Autor schreibt eine soziale und politische Geschichte der Biologie in der Schweiz. Er untersucht den Niedergang der historischen Biologie, die noch ein forschungsleitendes Interesse an der Vielfalt der Natur hatte und diese als Einheit der göttlichen

Schöpfung und «nationalen» schweizerischen Natur begriff. Als Teil der bürgerlichen Kultur, die Forscher und Laien, Wissenschaft und Naturschutzverband, gelang es der historischen Biologie jedoch nicht, mit der allgemeinen und wissenschaftlichen Modernisierung Schritt zu halten. Die Konzentration der Funktionsbiologie auf die Erforschung der Vererbung hingegen entsprach den veränderten gesellschaftlichen und politischen Erwartungen. Die innerhalb der Funktionsbiologie gepflegte Professionalisierung der Forschung erlaubte den Aufbau weit verzweigter Allianzen mit Vertretern anderer Wissenschaften und Industrieforschern. In einem gesonderten Kapitel untersucht der Autor die Genese der internationalen Umweltdiskurse in den 1960er-Jahren, in denen die Diskussion um die Vielfalt der Natur erneut aufgenommen wurde, die jedoch – trotz wesentlicher Beiträge aus der Schweiz – nur wenig zur Etablierung einer modernen historischen Biologie in der Schweiz beitrug. Das Buch ist aus der Dissertation des Autors am Historischen Seminar der Universität Basel hervorgegangen.

Spielen und Sucht

Franz Müller-Spahn, Jürgen Margraf, Wenn Spielen pathologisch wird. Karger Verlag, Basel 2003. 128 S., Fr. 40.–.

Spielen ist menschlich. Beim Spielen können wir entspannen, uns ablenken

und unsere Alltagsorgen vergessen. Spielen kann sich aber auch verselbstständigen, entgleisen und krankhaft werden. Pathologische Spieler und Spielerinnen spielen zwanghaft weiter, selbst wenn ihre Ehe zerbricht, ihr Arbeitsplatz gefährdet ist und sie hoch verschuldet sind. Wie kommt es zum krankhaften Spielen? Wer ist gefährdet? Warum gibt es immer mehr Spieler? Welche Bedeutung haben verfügbare Spielgelegenheiten bei der Entstehung von Spielsucht? Welche Behandlungsmöglichkeiten gibt es? Diese und andere Fragen zum pathologischen Spielen beantwortet dieses Buch. Am Beispiel eines für das Airport Casino Basel entwickelten Sozialkonzepts vermittelt es, was man über die Prävention, Früherkennung und wirkungsvolle Behandlung der Spielsucht weiss, und zeigt Möglichkeiten auf, gefährdete Spieler zu schützen und vom Spielbetrieb fern zu halten. Das Buch richtet sich an Personen und Einrichtungen, die in unterschiedlichen Zusammenhängen mit Suchtfragen zu tun haben. Es ist aus einer engen Zusammenarbeit zwischen den Fachdisziplinen Psychiatrie und Psychologie entstanden: Prof. Franz Müller-Spahn ist Ordinarius für Psychiatrie und Ärztlicher Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) Basel, Prof. Jürgen Margraf Ordinarius für Klinische Psychologie und Psychotherapie.

Mein Web-Tipp

Edwin C. Constable

Prof. Edwin C. Constable (*1955) ist Ordinarius für Chemie an der Universität Basel. Seine Forschungsgruppe befasst sich vor allem mit Koordinationschemie und supramolekularer Chemie. Besonders interessiert ist er an Anwendungen von Koordinationsverbindungen als Photokatalysatoren und als Antennenmoleküle für Sonnenlicht («Harvesting»).



Edwin C. Constable, Chemiker.

Online-Lehrbuch

<http://www.chemieunterricht.de/dc2/index.html>

Diese gut strukturierte Website enthält so gut wie alles über allgemeine Chemie. Angeboten werden unter anderem Experimente, Fragen, Bilder und Hintergrundtexte; dabei wird besonders auf alltägliche Phänomene eingegangen.

Spektroskopie

http://www.chem.uni-potsdam.de/tools/index_de.html

Ausserordentlich gute Datenbank über

Infrarot- und Kernresonanz-Spektren. Die Website ist auch didaktisch sehr gut aufgebaut.

Freie Software

<http://allserv.ugent.be/~tkuppens/chem/>

Diese sehr nützliche Website enthält eine riesige Sammlung von Programmen für die Chemie, die meisten davon als Freeware oder Shareware erhältlich. In englischer Sprache.

Experimente

http://www.uni-regensburg.de/Fakultaeten/nat_Fak_IV/Organische_Chemie/Didaktik/Keusch/link-d.htm

Links zu Websites von gefährlichen oder sehr selten wiederholten Experimenten, mit Fotos und Videos.

Moleküle im Modell

<http://people.ouc.bc.ca/woodcock/molecule/molecule.html>

Noch eine Website auf Englisch. Sie enthält über 1400 interessante Moleküle – zu Themen wie Geburtenkontrolle, Gifte oder Drogen – in einem universellen PDB-Format.

Strukturen sehen

<http://www.expasy.org/spdbv/>

Homepage des Swiss PDB Viewer, einer Anwendung, mit der sich gleichzeitig mehrere Proteine darstellen und analysieren lassen. Kostenlos.

Fragen Sie die Wissenschaft

Wie kommt es, dass die Ohren bei älteren Menschen oft grösser erscheinen?

Zunächst habe ich im Kreise meiner Kollegen herumgefragt, ob sie eigentlich fänden, dass die Ohren bei alten Menschen grösser erscheinen würden. Viele meinten spontan, sie könnten sich nicht vorstellen, dass die Ohren bei alten Menschen grösser seien, aber dann hatten doch einige ein Bild eines älteren Menschen im Kopf, bei dem die Ohren sehr gross erscheinen. In der oben gestellten Frage ist eine zweite Frage versteckt: Sind die Ohren bei älteren Menschen tatsächlich grösser? Zum Glück gibt es nur wenige Fragen, über die Wissenschaftler noch nicht geforscht haben, und so gibt es einige Daten zur Ohrengrösse in Abhängigkeit vom Alter. Zunächst ist festzustellen, dass die Ohren schon bei Geburt vergleichsweise gross sind und mit etwa zehn Jahren bereits über 90% der Erwachsenengrösse erreicht haben. Es lässt sich somit sicher sagen, dass die Ohren von Kindern relativ grösser sind als die von Erwachsenen. In den letzten zehn Jahren gab es auch Untersuchungen zur Ohrengrösse im höheren Lebensalter. Alle kamen zu dem Ergebnis, dass die Ohren im Alter tatsächlich grösser werden, und zwar linear um etwas mehr als 0,2 mm pro Jahr, das heisst, das Ohr eines 70-Jäh-

rigen ist im Durchschnitt mehr als 1 cm oder ca. 15% länger als das eines 20-Jährigen. Bei der Fläche ergäbe sich sogar ein Zuwachs um rund 30%. Die erste Antwort auf die oben gestellte Frage lautet somit: Weil sie tatsächlich grösser sind! Zusätzlich spielen vermutlich weitere Faktoren eine Rolle. Jedes Jahr werden auf der Welt mehrere tausend Kinder aus kosmetischen Gründen operiert, nicht weil ihre Ohren zu gross sind, sondern weil sie etwas zu weit vom Kopf abstehen. Nun ist die Ohrmuschel überwiegend aus Knorpel mit elastischen Bindegewebsfasern aufgebaut, die im Alter an Elastizität verlieren. Dadurch kann es vorkommen, dass bei älteren Menschen die ohnehin grösseren Ohren zusätzlich etwas weiter vom Kopf abstehen und dadurch markanter hervortreten. Da ist es doch beruhigend zu wissen, dass in China grosse Ohren als Hinweis auf Wohlstand und ein langes Leben angesehen werden.

Prof. Josef Kapfhammer, Anatomisches Institut der Universität Basel.

Hier können Leserinnen und Leser Fragen zu einem wissenschaftlichen Gebiet oder zu einem Beitrag in UNI NOVA stellen. Die Fragen werden von der Redaktion an Fachleute der Universität Basel weitergeleitet.

Termine

Pflanzen-Medizin

1. Juli

Pflanzliche Arzneimittel – von der Volksmedizin zur rationalen Phytotherapie

Abschiedsvorlesung von Prof. Willi Schaffner, Extraordinarius für Pharmazie, Universität Basel. Veranstaltet vom Departement Pharmazie, Institut für Pharmazeutische Biologie der Universität Basel. 13.30 – ca. 17 Uhr, Kutschenmuseum, Botanischer Garten, Brüglingen.

Venedig

2. Juli

Venedigs Sitz im Paradies oder vom Nutzen byzantinischer Artefakte und Modelle im mittelalterlichen Italien.

Vortrag von Karin Kruse (Florenz) im Rahmen des Kolloquiums zur Vormoderne. 18 Uhr, Historisches Seminar, Hirschgässlein 21, Basel, Übungsraum 3, 1. Stock rechts.

Archäologie

2. Juli

3-D-Modellierung der Geoglyphen von Nasca, Peru – neue Technologien in der archäologischen Forschung

Vortrag von Prof. Armin Grün, Institut für Geodäsie und Photogrammetrie, ETH Zürich. Veranstaltet von der Naturforschenden Gesellschaft in Basel. 20.30 Uhr, Physiologisches Institut, Hörsaal, Vesalgasse 1, Basel.

Über Zäune

9. Juli

Wissenschaft und Gesellschaft: Über Zäune steigen ...

Vortrag von Prof. Leo Jenni, Basel. Veranstaltet vom Programm Mensch-Gesellschaft-Umwelt (MGU) im Rahmen

des MGU-Kolloquiums «Praxis und Theorie transdisziplinärer Wissenschaft». 12.15 – 13.45 Uhr, MGU, Seminarraum, Socinstrasse 59, Basel.

Palliativmedizin

9. September

Palliative Medizin: Pflege und Begleitung. Eine Einführung

Vortrag von Elisabeth Spichiger, MNS, Institut für Pflegewissenschaft. Veranstaltet vom Institut für Pflegewissenschaft/Universitätskliniken, Fachabteilung Klinische Pflegewissenschaft: Erweiterte und wirksame Pflegepraxis im interdisziplinären Kontext. 16.30 – 18 Uhr, Zentrum für Lehre und Forschung, kleiner Hörsaal, Hebelstrasse 20, Basel.

Kollegienhaus-Tag

18. Oktober

Tag der offenen Tür zur Wiedereröffnung des umgebauten Kollegienhauses der Universität Basel. 11 bis 16 Uhr, Petersplatz 1, Basel.

Völkerrecht

12. November

Wie funktioniert das Völkerrecht?

Vortrag von Prof. Anne Peters, Basel. Veranstaltet vom Basler Juristenverein. 18.15 Uhr, Restaurant Schlüssel, Zunftsplatz, Freie Strasse 25, Basel.

Haut und Haare

bis 16. Mai 2004

«Mit Haut und Haaren!»

Sonderausstellung im Anatomischen Museum Basel, Pestalozzistrasse 20, Basel.
www.unibas.ch/anatomie/museum

Briefe

«Mutwillige Beschneidung»

UNI NOVA 93 (März 2003)

Der Graphiker ist beglückt, wenn die

Abbildungen randlos in der Ecke sitzen, der an vollständiger Information

Interessierte ärgert sich über mutwillige Beschneidung – im Falle des Urs-

Graf-Holzschnittes auf Seite 31 sogar

alleseits: Der ganz erhaltene Holzschnitt ist nicht mehr ganz, sozusagen

lädiert, dem tonangebenden Graphiker zuliebe. Oh du heilige «saubere Gestaltung»!

Dieter Koepplin, Basel

Anmerkung der Redaktion: Der Bildausschnitt wurde bewusst so gewählt, da die zur Verfügung gestellte Vorlage an den Rändern Unschärfen und Verzerrungen aufwies.

«Ausgezeichnet»

UNI NOVA allgemein

Schicken Sie Ihr ausgezeichnetes Wis-

senschaftsmagazin UNI NOVA auch über die Grenze? Ich würde es gern

abonnieren, sowohl wegen der Beiträge als auch wegen der Hinweise auf

Veranstaltungen, die ich immer wieder gern an der Basler Uni besuche.

Margarete Tosch-Schütt, Schallstadt (Deutschland)

Briefe an die Redaktion sind willkommen

(Adressen im Impressum).

Impressum

UNI NOVA, Wissenschaftsmagazin der Universität Basel. Herausgegeben von der Öffentlichkeitsarbeit (Leitung: Maria Schoch Thomann). UNI NOVA erscheint dreimal im Jahr (März, Juni/Juli, November) und kann in Einzelexemplaren kostenlos abonniert werden.

Redaktion: Christoph Dieffenbacher

Adresse: UNI NOVA, Öffentlichkeitsarbeit der Universität

Basel, Postfach, 4003 Basel.

Tel. 061 267 30 17, Fax: 061 267 30 13.

E-Mail: ch.dieffenbacher@unibas.ch

UNI NOVA im Internet:

http://www.zuv.unibas.ch/uni_nova

Mitarbeit an dieser Nummer:

Text: Reto Caluori, Edwin C.

Constable, Balz Engler, Marcel Falk,

Heiko Haumann, Josef Kapfhammer,

Gregor Klaus, Georg Kreis, Georges

Lüdi, Sabine Maasen, Ueli Mäder,

Claudia Pantellini, Anne Peters,

Thomas Pfluger.

Fotografie: Andreas Zimmermann.

Korrektur: Karin Müller, Basel.

Druck: Reinhardt Druck AG, Basel.

Inserate: Go! Uni-Werbung AG,

Rosenheimstrasse 12, 9008 St. Gallen.

Auflage: 11'500 Exemplare

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck nur mit Genehmigung

der Herausgeberin.